

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Erhöhung der Zahl der "Gemeindewohnungen" durch Anmietung von geförderten Wohnungen und Weitervermietung

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich habe einen dringlichen Antrag vorbereitet und bringe ihn hiermit ein. Es geht um die Wohnungsthematik, die Wohnungsthematik begleitet uns in verschiedenen Facetten hier in Graz permanent. Am Wochenende ist zutage getreten, dass der Herr Bürgermeister sich einsetzt, Eigentum muss leistbar sein. Gleichzeitig wird auch darauf hingewiesen, dass die Grazer Wohnungspreise abheben, das heißt, wir haben wirklich Handlungsbedarf im Wohnraum und in der Wohnraumbereitstellung. Der Wohnraum kann bereitgestellt werden durch Eigentum, der Herr Bürgermeister fokussiert dies, es kann aber auch bereitgestellt werden durch Vermietungen beziehungsweise hier von Genossenschaften oder Privaten. Die Genossenschaften können geförderten Wohnraum bereitstellen, weil ja auch die landeswohnbauförderungsrechtlichen Bestimmungen danach ausgerichtet sind. Genossenschaften bauen beziehungsweise erhalten die Förderkontingente seitens des Landes und suchen sich so quasi Grundstücke beziehungsweise auch Gemeinden, wo sie diesen geförderten Wohnraum errichten können. Meine Intention in diesem dringlichen Antrag geht dahingehend, dass es ein Instrument gibt, das ist im Wohnbauförderungsgesetz niedergeschrieben, nämlich im § 8, dass Gemeinden von Genossenschaften geförderte Wohnungen anmieten können und diesen auch weitergeben können. Wir kennen in der Stadt Graz dieses Modell im Übertragungswohnbau, aber wir können dieses Modell auch anwenden auf einzelne Wohnungen, und mein Vorschlag ist in die Zukunft gerichtet. Es ist sehr wichtig, dass Genossenschaften weiterhin geförderten Wohnraum in der Stadt Graz errichten und dies würde uns eine Möglichkeit geben zu schauen, um weitere Wohnbauförderungskontingente erhalten, zumindest auch

unseren Wohnungsbestand zu erweitern beziehungsweise die Zuweisungsmöglichkeiten. Ich denke, dass das eine Möglichkeit ist, hier schneller, vor allem diesen hohen Ansturm, also derzeit gibt es in etwa 1.800 Ansuchen, die am Wohnungsamt vorliegen, die Wartezeiten sind sehr lange, sind bis zu zweieinhalb Jahre. Für Großfamilien ist es insbesondere ein großes Problem, weil der Wohnraum mit großen Flächen derzeit im städtischen Wohnungsbereich unzureichend vorhanden ist. Das Konzept von meiner Seite ist wirklich in die Zukunft gerichtet, es soll kein Verdrängungswettbewerb im bestehenden Wohnraum passieren. Ich habe auch mit Wohnbauträgern gesprochen, ja, es ist möglich, das durchzuführen. Wir könnten bei geförderten Bauten, also jetzt ein Beispiel, es wird ein Objekt mit 60 Wohnungen errichtet, als Stadt Graz wissen wir über das Bauamt, dass die Wohnungen errichtet werden, wir wissen, dass dort 60 Wohnungen hinkommen, wir können Gespräche führen, dass wir beispielsweise 10 %, vielleicht sechs Wohnungen, auch hier im Zuweisungskontingent erhalten könnten. Es ist ein flexibles Instrument, das den Gemeinden in die Hand gegeben ist, wir haben das Instrument, es wird bis heute nicht genutzt und meine Intention ist, bitte schauen wir uns das an, wie wir dieses Instrument heute nutzen können. In den Vorfeldgesprächen wurde mir zugetragen beziehungsweise als Kritik angebracht, dass diese Wohnungen nicht wohnbeihilfenfähig seien. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich kann es vorab gleich wegnehmen: Im § 17 Wohnbeihilfe, Landeswohnbauförderungsgesetz ist auch die Wohnbeihilfenmöglichkeit für diese Wohnungen drinnen. Also diese Kritik möchte ich gleich vorab ausräumen. Mein

d r i n g l i c h e r A n t r a g

geht in die Richtung, dass wir die zuständige ressortverantwortliche Stadträtin Kahr beauftragen gemäß dem Motivenbericht, ich habe es jetzt mündlich vorgetragen etwas anders als geschrieben, die Möglichkeit der Anmietung zu prüfen und die Weitervermietung zu prüfen und natürlich mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern, wir haben viele in Graz, die den Wohnraum errichten, Gespräche zu führen, in

welcher Form und in welchem Ausmaß das hier umsetzbar ist. Ich bitte um Zustimmung der Dringlichkeit beziehungsweise auch zum Inhalt. Ich halte es für ein Instrument, das wir haben, es ist in unseren Händen, wir brauchen nicht jemand anderen binden, keine andere Gebietskörperschaft, wir können das machen, ich bitte um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Susanne! Erstens einmal möchte ich mich bedanken, dass du dich dem Thema Schaffung von mehr Wohnraum in einem dringlichen Antrag widmest. Jeder, der mich und meine Partei kennt, weiß, dass wir dieses Thema seit 15 Jahren hier versuchen zu verankern und uns auch bemühen, alles, was es an gesetzlichen Möglichkeiten derzeit gibt, auch in Anspruch zu nehmen und zu forcieren. Das ist eine sehr schwierige Materie, man muss vor allem immer auch im Auge haben, dass es dabei, wenn es um dauerhaften gesicherten Wohnraum geht, ohne das Land Steiermark das nicht garantieren kann. Wie dort die Situation ist, das möchte ich jetzt hier nicht erwähnen, was dort die Probleme sind, warum es so ist, ich komme jetzt auf die Problematik in Graz noch einmal zurück. Motivenbericht möchte ich schon relativieren. Du sprichst davon, dass 500 Gemeindewohnungen, die jetzt in dieser Periode geschaffen werden, ein Tropfen auf dem heißen Stein sind, wenn man bedenkt, dass zehn Jahre kaum Grundstücke für die Anschaffung von Gemeindewohnungen errichtet sind, dann ist das nicht wenig und ich sage das durchaus auch deshalb ein bisschen an deine Partei gerichtet, weil doch sehr lange Zeit, also mehr als eine Periode, Liegenschaft- und Finanzreferent von der SPÖ gestellt wurde und wir hier leider keine Unterstützung erhalten haben, sehr wohl jetzt aber von Schwarz/Grün. Dass diese 500 Gemeindewohnungen nicht ausreichen, das kannst du dir denken, dass das uns auch klar ist, das heißt, dass dieses Wohnbauprogramm natürlich weitergehen muss und wir den Weg uns so vorstellen, dass er in der bewährten Weise passieren soll, aus dem einfachen Grund, weil diese

Überlegungen, die du hier in deinem Antrag anstellst, uns natürlich nicht fremd sind. Natürlich wissen wir, dass die Anmietung von Gemeinden möglich ist bei Genossenschaften Wohnraum anzumieten, wir aber von dieser Praxis oder von dieser Möglichkeit Abstand genommen haben, aus mehreren Gründen. Am Land draußen weiß ich, werden dort ganze Wohnhäuser angemietet von der Gemeinde, oft aber auch aus der Problematik heraus, dass sie momentan das Geld für den Ankauf der Grundstücke nicht haben und deshalb diesen einfacheren Weg kurzfristig gehen, langfristig kommt er ihnen aber teurer. Die Anmietung einzelner Wohnungen, und wir haben auch mit Genossenschaften wieder, ich sage es, wieder, weil das haben wir schon vor ein paar Jahren gemacht, auch mein Kollege Kaltenegger ist mit der Problematik schon konfrontiert worden, gesprochen und wir haben von allen Genossenschaften, mit denen wir gesprochen haben, die Rückmeldung bekommen, dass es zwar schon möglich ist, hier aber keine Interessen haben, einzelne Wohnungen an die Stadt Graz zu vergeben. Wenn überhaupt welche übrig bleiben, und wir wissen das aus anderen Modellen, die wir versucht haben mit diesem Kautions- und Provisionsmodell, dann übergeben sie uns irgendwelche Ladenhüter, die sie selbst sehr schwer anbringen. Sehr wohl haben aber die Genossenschaften ein Interesse, ganze Wohnhäuser als Mieterin an die Stadt Graz zu übergeben, da ist aber das Problem, und das muss ich jetzt hier ganz deutlich sagen, dass es letztendlich der Stadt Graz teurer kommt, weil was ist, die Genossenschaft, wenn sie baut, bekommt normale Wohnbaufördermittel vom Land Steiermark, das heißt, sie rechnet in die Wohnkosten sämtliche Anschaffungs-, Errichtungskosten hinein. Wir, mit dem Modell, was wir jetzt haben, bekommen vom Land Steiermark den Sozialwohnbauförderungstarif, das heißt, er ist von Haus aus günstiger. Das heißt zwar nicht künftighin, dass wir den Mietern, jetzt ist es so, jetzt könnten wir sagen, ok, wir tragen die gesamten Kosten jetzt, die höheren, gegenüber der Genossenschaft und damit unsere Mieter sich das leisten können, wir können ja sagen, wir verlangen gar nichts von unseren Mietern, wir federn das alles ab, aber in Summe kommt es uns teurer. Und ein ganz wesentlicher Grund, und den möchte ich wirklich auch an euch, vor allem, weil ihr ja doch jahrzehntelang auch für den sozialen Wohnbau eingetreten

seid, es entzieht uns Eigentum. Das Modell, das wir jetzt haben, bedeutet, wir kaufen das Grundstück an, Bauträger Genossenschaften errichten das Objekt, wir haben ein dauerhaftes Einweisungsrecht und nach Ablauf des Baurechtsvertrages gehört uns der Grund und auch das Haus wieder. Das heißt, es ist jetzt ungeachtet, dass wir auch da viel korrekter eingreifen können beim Mietpreis, erhöhen wir auch den Eigentums- und Immobilienbesitz der Stadt Graz und was ganz wichtig ist, nach Ablauf des Generalmietvertrages würden wir dieses Modell angehen; mit so einer Anmietung eines gesamten Objektes kann die Genossenschaft hergehen danach und sagen, ok, liebe Leute, jetzt habt ihr das Einweisungsrecht gehabt, jetzt ist aber wieder Schluss und wir geben euch das Einweisungsrecht nicht mehr. Also die Nachteile überwiegen und wir haben das ziemlich ausführlich bei uns auch besprochen, deswegen, weil dein Antrag, das schätze ich auch, hat ja nur zum Ziel, dass du gesagt hast, wir sollen mit den Genossenschaften reden, das haben wir aber auch gemacht in der Vergangenheit und jetzt im Vorfeld zu deinem Antrag erneut und das bestätigt uns genau dieses Ergebnis. Also wir halten diesen Weg, den wir bisher beschritten haben, für den vernünftigsten. Wenn du mich jetzt als Kommunistin fragst, ich wünsche mir sowieso, dass die Stadt überhaupt selbst wieder Wohnbau betreibt, das halte ich für sehr unrealistisch in den derzeitigen politischen Verhältnissen, aber ein Vorschlag muss ich sagen, der hat Sinn gemacht letztes Jahr, der ist von Gemeinderat Hagenauer gekommen, den haben wir auch auf Landesebene auch eingebracht, der lautet nämlich, das wäre, wenn schon mit Kontingenten der vernünftigere Weg...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Liebe Frau Stadträtin, du bist schon sehr über der Redezeit.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Entschuldigung, dann lasse ich das. Das Argument ist nämlich, das wäre nämlich tatsächlich tauglich, das geht aber nur über das Wohnbauförderkontingent des Landes Steiermarks, dass die Genossenschaften verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz bei der Neuerrichtung von einem Bau für dauerhaftes Einweisungsrecht den Kommunen zu geben, das würde Sinn machen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Frau Stadträtin Kahr eigentlich die SPÖ so brüskiert mit ihrer eingangs inhaltlich sehr korrekten Ausführung, dass das Modell, das derzeit gelebt wird, wirtschaftlich, effizienter und billiger ist in Summe auch für den Steuerzahler als das hier von der SPÖ propagierte Modell zeigt meines Erachtens den Niedergang der Sozialdemokratie hier in diesen sozialrechtlichen Formulierungen, das ist das eine. Das zweite ist, anscheinend habt ihr meinen dringlichen Antrag von der Intention her seinerzeit abgekupfert, wo ich schon darauf hingewiesen habe, wie viele Wohnungen in Graz fehlen und besonders damals auf die Familien, die mir besonders am Herzen liegen, eingegangen bin, die Zahl seit meines damaligen dringlichen Antrages hat sich zweifelsohne erhöht, das hat die Frau Mag. Bauer sicher richtig recherchiert. Aber anscheinend wart ihr jetzt kurzfristig in Griechenland bei einem Pasok-Seminar, das ist jene Fraktion, die abgeschmiert bei der Griechenlandwahl an dritter Stelle gelandet ist, weil ansonsten würdet ihr heute nicht im Gemeinderat kommen mit zwei dringlichen Anträgen, die beide sozusagen die Bürger in die Abhängigkeit des Staats und hiermit der Stadt Graz werfen würden. Ihr habt euch zum Beispiel nicht bei dem Wohnungsthema auseinandergesetzt mit jenen Argumenten, die ich seinerzeit schon ins Treffen geführt habe, dass nämlich Wohnungen, und da ist hier die Frau Stadträtin Kahr durchaus zu kritisieren, dass Wohnungen, die es in Graz gibt, die einfach widerrechtlich untervermietet werden, was die Frau Stadträtin Kahr seinerzeit sogar zugegeben hat, dass das in Einzelfällen vorkommt. Das Zweite ist, dass es Wohnungen in der Stadt Graz gibt, wo sich der Vermögensstand der

Sozialwohnungsinhaber auch verbessert hat, Gott sei Dank verbessert hat, sodass hier die Antragspflicht sozusagen, die seinerzeit für eine Sozialwohnung zum Antrag gestellt worden ist, nicht mehr gegeben ist. Diese Wohnungen gehören wirklich freigemacht, um jenen, die hier unter den 1800 wirklich dringend eine Wohnung brauchen, eine Wohnung zur Verfügung stellen, das wäre das Erste, das vorzunehmen ist und nicht weiterhin die Fixkosten der Stadt Graz zu erhöhen mit eurem Antrag, weitere Wohnungen sozusagen am freien Markt hier am Genossenschaftsmarkt anzuwerben. Ich denke, das Thema ist daher zwar richtig aufgegriffen, aber vom Inhalt her absolut verfehlt und würde in die falsche Richtung der Stadt Graz führen. Danke.

GR.ⁱⁿ **Benedik**: Liebe Antragstellerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Wohnungsmarkt ist ohnehin angespannt und wenn man diese günstigeren Wohnungen noch dadurch vermindert, dass Graz diese Wohnungen anmietet, werden immer weniger mittelständische Jungfamilien und Familien auf dem freien Wohnungsmarkt Wohnungen vorfinden. Dadurch würde man in kürzester Zeit eine noch angespanntere Situation am Arbeitsmarkt vorfinden und es würden immer mehr Wohnungssuchende sich um eine Gemeindewohnung anstellen müssen. Auch wenn du, liebe Susanne, betonst, als Beispiel, 60 Wohnungen würden erbaut und sechs Wohnungen würden freigestellt, also als Übertragungswohnungen übertragen werden, ist es doch so, dass diese Wohnungen auch auf dem freien Markt fehlen. Außerdem sehe ich darin, wie auch die Frau Stadträtin eine noch nicht kalkulierbare Kostenschere, da bei den Ausfällen die Stadt Graz zu 100 % einspringen müsste und sich dadurch auch die Kosten für die Mietzinszahlung durch die Stadt drastisch erhöhen würden. Und deswegen stimmen wir diesem Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Antrag nicht zu (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Antragstellerin, hoher Gemeinderat! Die Problematik haben wir gehört, dass wir Wohnungen, mehr Gemeindewohnungen in Graz brauchen, wissen wir auch. Die Sachargumente hat die Frau Stadträtin Kahr dargelegt, wir verfolgen in unserem Ziel und in dieser Periode auch das Modell des Übertragungswohnbaus. Stimmen daher dieser Dringlichkeit nicht zu und verfolgen eben weiterhin den Weg des Übertragungswohnbaus, der sicher laut Auskunft des Wohnungsamtes auch für die Stadt Graz günstiger ist als eben dein Modell, das du angesprochen hast (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann**: Nach den Wortmeldungen der FPÖ und des Herrn Kollegen Mariacher fällt es uns natürlich als grüne Fraktion schwer, diesen Antrag abzulehnen. Aber Elke Kahr hat uns hier herinnen, aber auch schon vorher im Vorfeld die Gründe mitgeteilt und aufgezeigt, wohin Wohnungspolitik in Graz gehen kann. Grün/schwarze Wohnungspolitik in Einklang mit der zuständigen Wohnungsstadträtin und ich habe mich von absurden Argumentationen von FPÖ und Mariacher jetzt nicht umstimmen lassen und konnte auch meine Fraktion nicht umstimmen. Wir werden diesem Antrag von euch Sozialdemokraten in der Dringlichkeit nicht zustimmen können. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich bin (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) bass erstaunt über die Wortmeldung, über die Herangehensweisen und über das Wissen oder auch über das mangelnde Wissen. Ich denke, dass hier viele nicht verstehen, worum es geht, wie Wohnen funktioniert beziehungsweise wie auch Wohnraum in einer Stadt geschaffen werden kann. Ich habe mir jetzt gerade bei den Wortmeldungen überlegt, woran kann es krankem, dass bei uns hier im Gemeinderat so wenig Wissen vorhanden ist, beziehungsweise auch

wie kann es gehen. Mein Modell oder meine Anregungen, vorhandenes gesetzliches (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Instrument zu nehmen und zu prüfen, ist nicht das Ende des Übertragungswohnbaus, sondern das ist ein wichtiger großer Baustein und ich war auch am Tag der offenen Tür im Wohnungsamt und es ist sehr schön zu sehen, dass im heurigen Jahr zwei Objekte übergeben werden und auch im nächsten Jahr, also 2013, zwei Objekte übergeben werden. Übertragungswohnbau, und liebe Frau Stadträtin, ich kann es bitte schon bald nicht mehr hören, du bist so lange Wohnungsstadträtin und wenn irgendetwas ein Vorschlag von unserer Seite kommt, dann wird reflexartig abgelehnt, das ist ja furchtbar, die SPÖ ist schuld, weil die hat jetzt eine Periode lang die Liegenschaften gehabt. Deine Zuständigkeit ist im Wohnungsbereich und ich habe mir auch überlegt, wieso wissen wir so wenig da herinnen, wie das alles funktioniert und ich muss jetzt eines auch festhalten für uns Gemeinderäte kritisch, der Wohnungsausschuss tagt so selten. Ich habe ihn einmal angeregt, weil ich gesagt habe, bitte machen wir wenigstens eine Information im Wohnungsausschuss, ich weiß nicht, Kollege Spath, soll keine Kritik an dir sein, sondern es ist einfach, auch Wissen im Gemeinderat und bei den GemeinderätInnen entsteht auch über die Ausschussarbeit, und die Ausschussarbeit im Wohnungsausschuss besteht im Wesentlichen zu den Wohnungsvergabelisten ja zu sagen. Und sonst machen wir hier herinnen nichts und ich denke, dass das schon ein großes Problem ist, sehr selbstkritisch, aber vielleicht auch kritisch an dich, Frau Stadträtin, dass wir uns nicht mit der Wohnungsentwicklung in der Stadt auseinandersetzen können. Und mein Vorschlag, ein Instrument zu nehmen, schauen wir es uns noch einmal an, wir beklagen in den Zeitungen, wie die Preise sind, wie schlecht wir aufgestellt sind, wie hoch die Zuwanderungen sind und sagen das, was wir selber machen können, nein das ist ausgeschlossen. Leider hat dieser Antrag, ich nehme es zur Kenntnis, keine Mehrheit gefunden, ich denke aber, dass jeder selbstkritisch in sich gehen soll, wie wir mit diesem Thema weiter umgehen. Danke (Applaus SPÖ).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Initiative „500 Lehrstellen in der Stadt Graz“

GR. **Kolar** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Es lebe die Gewerkschaft.

GR. **Kolar**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Danke dir für den Zuruf, wir leben Gott sei Dank noch gut. Ich darf zur Initiative Lehrlinge, Lehrstellen im Magistrat hier einen dringlichen Antrag einbringen. Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Lehrstellen“ war in diesem Haus bereits mehrmals Anlass für Initiativen: Ich erinnere etwa an die jüngste vom Klaus Eichberger, der hier seinen Antrag über eine überbetriebliche Lehrwerkstätte eingebracht hat. Geschätzte Damen und Herren! *(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke)*, man kann es nicht oft genug betonen: Es geht darum, jungen Menschen durch eine qualitativ hochwertige Ausbildung gute Chancen für ihr Berufsleben zu eröffnen. Und es geht nicht darum, wie auch das eine oder andere Mal festgestellt wird, dass hier mit falschen Erwartungen gearbeitet wird und Menschen hier irgendetwas vorgespielt werden soll, das was die Stadt nicht schaffen

kann. Die Stadt Linz zum Beispiel mit ihrem Magistrat und ihren Betrieben und Einrichtungen zeigt es uns vor: Dort werden derzeit 394 Jugendliche ausgebildet und es geht dort auch darum, dass weitere Lehrplätze geschaffen werden. Es gibt dort eine gute Ausbildung und diese ermöglicht eine tolle Zukunft in der Arbeitswelt für diese jungen Menschen.

Ich erinnere auch, und jetzt wird es ein bisschen kritischer, in diesem Haus an den Antrag im Jahr 2009, der hier auch einstimmig angenommen wurde, wo wir gefordert haben, dass die Stadt Graz eine dementsprechende Lehrstelleninitiative starten soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die Stadtregierung dahingehend zustande gebracht hat, ist sehr höflich formuliert, als äußerst schwach zu bezeichnen. 2009 hatten wir im mehr als 7000 MitarbeiterInnen im umfassenden „Haus Graz“ und damals 28 Lehrstellen, jetzt haben wir 45, wie gesagt, das ist dürftig. Denn gleichzeitig steigt ja auch die Zahl der Lehrstellensuchenden in Graz an: Derzeit suchen 386 junge Menschen in Graz eine Lehrstelle, und, gestatten Sie mir, ich möchte dazu auch sagen, es ist nicht die Zahl so entscheidend, ob das jetzt 200 sind, 20 oder 2000. Entscheidend ist jedes einzelne Schicksal und letztendlich jeder einzelne Jugendliche, glaube ich, verdient sich hier eine Chance, dass er zu einem dementsprechenden Ausbildungsplatz kommt, wenn er denn nämlich sich auch wünscht und das will. Hier wurde eine Chance nicht genützt – eine Chance, hunderten jungen Menschen, wie eben gesagt, eine fundierte Zukunftschance zu geben. Und dass die Stadt Graz ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglichst im Jugendbereich ausbildet, zeigt natürlich der Umstand, dass zwei Drittel unserer Lehrlinge die Ausbildung mit einem ausgezeichneten Erfolg abschließen.

Umso wichtiger wäre es, dass die Stadt Graz endlich hier auch Zeichen setzt und nach dem Linzer Vorbild Verantwortung wahrnimmt und übernimmt:

- Leisten auch wir als Stadt Graz einen wesentlichen Beitrag gegen den Lehrstellenmangel mit der Aufstockung unseres Lehrstellenangebotes.
- Reagieren auch wir auf den gesellschaftlichen Bedarf durch das Angebot möglichst vieler und breitgefächerter Lehrberufe.

- Bieten wir eine qualitativ hochwertige Ausbildung für einen erfolgreichen Berufsweg auch in der Privatwirtschaft.
- Nehmen auch wir unsere soziale Verantwortung wahr und bieten auch eine integrative Berufsausbildung an.
- Forcieren auch wir im Sinne der Frauenförderungsprogramme Mädchen in nichttraditionellen Frauenberufen.
- Laden auch wir speziell Migranten/-innen ein, bei der Stadt eine zukunftsorientierte Ausbildung zu machen.

Das alles mit dem Ziel, im „Haus Graz“ 500 Lehrstellen in Zukunft anbieten zu können. Wobei, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, 100 aus unserer Sicht im Magistrat selbst möglich wären, was zu beantragen aber aufgrund des engen Korsetts der Geschäftsordnung verunmöglicht wird, weitere 400 in der Holding, und hier sind auch die Beteiligungen und Gesellschaften zu nennen, die Möglichkeiten bieten, jungen Menschen eine Lehrausbildung hier anzubieten. Und wie groß der Wunsch der Grazerinnen und Grazer nach guten Ausbildungsmöglichkeiten ist, zeigt sich ja auch am enormen Interesse an der vor wenigen Tagen von Martina Schröck gestarteten Unterschriftenaktion „500 Lehrstellen für Graz“.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Bürgermeister wird beauftragt, gemäß Motivenbericht mit den VertreterInnen der Holding, der Beteiligungen und Gesellschaften Gespräche betreffend eine solche Lehrstelleninitiative zur Schaffung von 500 Lehrstellen im „Haus Graz“ zu führen. Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR. **Neumann** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einmal vorab natürlich ganz klar festlegen, dass wir als Volkspartei natürlich nicht gegen Ausbildung und Qualifizierung, Höherqualifizierung von jungen Menschen sind. Im Text war das ein bisschen falsch formuliert, da ist irgendwie so dargestellt worden, dass wir als VP da nicht dafür sind, das ist natürlich nicht so. Ich bin auch sehr dankbar, dass das jetzt in deinem Antragstext geändert wurde. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen mit dem Wissen, dass von unseren grünen Kollegen ein Abänderungsantrag eingebracht wird, mit dem wir dann auch guten Gewissens mitgehen können. Womit wir definitiv ein Problem haben, sind die 500 Lehrplätze. Ich meine, du hast selber gesagt und auch wir von der Wirtschaftskammer haben in etwa diese Studie, dass 350 Lehrstellensuchende aktuell in Graz sind. Also wozu dann 500 Lehrplätze schaffen, wenn nicht einmal so viele Lehrstellensuchende da sind?

Zwischenruf GR. Eichberger: Es sind nicht alle vorgemerkt.

GR. **Neumann**: Wir werden einen Abänderungsantrag einbringen. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, werden dann dem Abänderungsantrag zustimmen und hoffen, damit eine vernünftige Lösung für junge Menschen in Graz zu finden. Danke (Applaus ÖVP).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Willi! Das was wir in dem Antrag, Kollege Neumann ist auch schon darauf eingegangen, wie ihr die 500 belegt, die ihr im Haus Graz einsetzen möchtet,

entbehrt jeder Grundlage, zumindest diesen Antrag hier. Es ist der Bedarf nicht nachgewiesen, es ist noch nicht gesagt, in welchen Bereichen. Ich persönlich kann mir durchaus vorstellen das eine oder andere im Bereich der Energie Graz oder bei den Verkehrsbetrieben, wo die Leute auch was lernen im Sinne, wo sie nachher auch dann in der Privatwirtschaft das entsprechend einsetzen können. Allein die Zahl 500 ist ja wohl hypotroph. Wir haben derzeit 45, das wäre eine Verzehnfachung der Lehrstellen im Hause Graz, wenn man allein denkt von den 7000 Mitarbeitern im Verhältnis 500 Lehrlinge, da weiß jeder, der sich in der Betriebsführung auskennt, das ist ein krasses Missverhältnis, was nicht funktionieren kann. Wenn man noch dazu bedenkt, wie man das Konzept vorsetzt und alle drei Jahre 500 Lehrlinge aufnimmt, ja wo sollen die nachher untergebracht werden? Dann kommt die Gewerkschaft, der öffentliche Dienst her und sagt, na ja, jeder, der ausgezeichnet beurteilt wird, der soll in den Dienst der Gemeinde Graz, des Magistrates übernommen werden, das ist ja kontraproduktiv und genau entgegengesetzt zu der ganzen Spargesinnung...

Zwischenruf GR. Eichberger: Wir brauchen Fachkräfte.

GR. Mag. **Mariacher:** ...zu der ganzen Spargesinnung, die wir im Hause Graz haben, wo wir genau wissen, wir müssen in Zukunft die Anzahl der Vollarbeitskräfte, der Vollzeitäquivalente senken und nicht erhöhen. Aber ihr wollt nachher die sofort pragmatisieren und übernehmen, ich kenne genau, wie das funktioniert. Es ist ja in anderen öffentlichen Betrieben des Landes ja ganz ähnlich. Und das habt ihr ja nicht ausgeschlossen, ihr geht ja nicht hin, ihr seid nicht so ehrlich, den Lehrlingen zu sagen, die wenigsten werden übernommen werden, wir können euch eine Ausbildung anbieten, die wenigsten von euch werden übernommen. Nichts von dem steht in dem Antrag, sodass meine Schlussfolgerung aus der Vergangenheit heraus,

und das ist ja jahrzehntelang von Schwarz/Rot praktiziert worden, auch nicht von der Hand zu weisen ist. Ich bin also durchaus dafür, wie auch damals in dem Antrag, wo es um die Lehrwerkstätten gegangen ist, dass man so etwas einrichtet, dass man Bereiche findet nach dem Bedarf der Stadt Graz, wo Berufe ausgebildet werden können, die nachher am freien Markt wirklich nachgefragt werden, dass man dort die Facharbeitskräfte heranbildet, klar, aber von den 500, die sind in keiner Weise nachgewiesen. Ich werde daher auch der Dringlichkeit des Themas wegen zustimmen, aber beim Abänderungsantrag bitten, dass er punktuell abgestimmt wird, weil er nicht in jedem einzelnen Punkt meine Zustimmung finden wird. Danke.

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Wir stimmen der Dringlichkeit zu, auch dem Antrag. Die Sozialdemokratie hat selbst gesagt, dass sie dem Abänderungsantrag der Grünen auch zustimmt. Ich glaube, dass das sehr wichtig ist und auch sehr interessant ist, wenn die öffentliche Hand auch sagt, sie möchte im Rahmen der Weiterbildung von jungen Menschen Arbeitsplätze schaffen, junge Menschen in die Arbeitswelt bringen. Ich habe nur ein Problem mit der Denkweise der Sozialdemokratie. Meine Vorredner haben schon gesagt, im Motivenbericht steht selbst drinnen, 386 junge Menschen suchen in Graz eine Lehrstelle, ich gehe einmal davon aus, dass diese 386 nicht alle zur Stadt Graz gehen wollen, also das ist einmal der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, es gibt manche, die wollen Goldschmied lernen, es wollen manche lernen im Handel, Kaufmann, Großhandelskaufmann...

Zwischenruf Bgm.-Stv.ⁱⁿ Rücker: Kfz-Mechaniker.

GR. **Grosz:** Danke, Frau Vizebürgermeister, also es gibt ja unterschiedliche Berufswünsche, ich kann mir nicht vorstellen, dass 386 Leute sagen, ja sie wollen unbedingt jetzt bei der Stadt Graz arbeiten. Also so klass ist ja der Job nach all dem, was Sozialdemokratie, ÖVP und Grüne die letzten Jahre und Jahrzehnte gemacht haben, ja auch nicht mehr, dass man unbedingt gerne zur Stadt geht. Aber jetzt eine andere Frage. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass die 386 ohnedies nicht alle zur Stadt gehen, sagen wir die Hälfte, dann fordert ihr 300 Lehrplätze mehr als eigentlich Lehrstellensuchende direkt bei der Stadt Graz anknüpfen wollen, das ist jetzt alles eine Schätzung von mir, aber möglicherweise, dass sie richtig sein könnte.

Zwischenruf GR. Eichberger: Bist du Mathematiker?

GR. **Grosz:** Nein, aber im Gegensatz zu dir habe ich einen Grundhausverstand, den ich bei den Anträgen der Sozialdemokratie ja hin und wieder vermisse. Und auf der anderen Seite höre ich von eurer Genossin Vorsitzenden, dass sie endgültig vernageln will, zunageln will die Innenstadt, indem sie sagt, es dürfen eigentlich keine Pkw, keine Menschen mehr von außen in diese Stadt eindringen, das heißt, Getto Graz. Und jetzt frage ich mich, was sagt ihr denn einem Jugendlichen aus Seiersberg, aus Grambach, aus Hitzendorf, aus St. Bartholomä, der in dieser Stadt Graz vielleicht ein Lehrstellensuchender ist und hier einen Job haben will, wenn er sich nach der Definition eurer eigenen Stadtparteivorsitzenden nicht einmal mehr die Einfahrt in diese Stadt leisten kann. Was erklärt ihr einem, der einen einfachen kleinen Lehrlingsgehalt hat von 386 Euro, wie erklärt ihr das einem, der wahrscheinlich das alte Auto seiner Eltern haben muss, ein übriggebliebenes Auto seiner Familie, wie erklärt ihr ihm das, dass er nicht mehr hereinfahren kann, weil er sich die Parkgebühren in dieser Stadt nicht leisten kann, aber gleichzeitig will eure

Sozialdemokratie offenbar ja 300 Lehrlinge aus dem Speckgürtel rund um Graz hier ausbilden. Ich ersuche Sie wirklich, Kollege Kolar, hupf bitte vor, erklärt ihr mir das, wie ihr das gerne hättet. Weil genau solche Initiativen doch nicht zur neuen Linie der Sozialdemokratie dazupassen, rund um diese Stadt Mauern zu bauen. Wir stimmen dem Antrag zu, auch wenn wir der Meinung sind, dass nicht 500 notwendig sein werden, aber dass selbstverständlich die Stadt Graz sich Lehrlingsinitiativen zur Schaffung neuer Lehrplätze nicht verschließen darf (*Applaus BZÖ*).

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst dem Kollegen Kolar für diesen wichtigen Antrag. Du hast selber darauf hingewiesen, es hat in der Vergangenheit ja gerade auch von eurer Fraktion viele Initiativen in diese Richtung gegeben, die alle sehr wichtig waren und dass auch dann, wenn ein Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen wird, dass auch dann es notwendig ist, da oft einmal nachzusetzen und zu schauen, dass das dann auch konsequent umgesetzt wird. Es ist ja schon gesprochen worden auch vom Abänderungsantrag der Grünen, eingebracht vom Kollegen Baumann, dem werden wir selbstverständlich auch zustimmen, weil es über weite Teile eine Konkretisierung des Antrages eigentlich ist und bereits erste Schritte aufzeigt, wie man dahin kommen kann, ohne dass da jetzt aber konkrete Zahlen drinnen stehen. Aber ich glaube oder halte die vom Kollegen Kolar angesprochenen 500 Lehrplätze für Graz für durchaus anstrebenswert. Ich möchte nur einen Satz sagen, weil mir das natürlich schon auch zu denken gegeben hat, der Kollege Mariacher hat es dann konkret angesprochen. Er spricht von einer Spargesinnung, die jetzt auf allen Ebenen vom Bund, Land bis hin zu den Gemeinden da ist und dass es hier darum gehen würde, Arbeitsplätze letztlich abzubauen, statt neue zu schaffen. Also ich glaube, er hat insofern Recht, als dass es tatsächlich so ist, dass die Politik in diese Richtung geht auf allen Ebenen, dass wir aber als Kommune dadurch auch gegensteuern können, sollen und müssen und dass es nicht die Aufgabe ist, dieser blinden Sparwut sozusagen zu

folgen, sondern dass es darum geht, jungen Menschen qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen und vor allem auch Zukunftsperspektiven zu geben. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

GR. **Kolar:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich einmal grundsätzlich für die Zustimmung und das Einverständnis, dass die Stadt Graz und die öffentliche Hand hier auch Verantwortung in einem viel stärkeren Ausmaß wahrnimmt als wie bisher. Zu den einzelnen Wortmeldungen würde mir sehr viel einfallen und auch wenn der Kollege Mariacher da sagt, ok, wir sind da nur mehr die, die die Leute pragmatisieren wollen und die irgendwie in eigentlichen Berufen ausbilden wollen, die im Grundsatz nicht zukunftsorientiert sind. Hast du dir auch selbst die Antwort gegeben, aus meiner Sicht nämlich, wir haben viele Betriebe, viele Bereiche, wo wir auch Kfz-Mechaniker, wo wir auch Fahrzeugtechniker, wo wir diese modernen Berufsbilder letztendlich nachvollführen können und der Zusatzantrag geht ja schon genau in die Richtung, die ja notwendig ist. Nämlich, dass man, wenn man dieser Initiative einmal grundsätzlich die Zustimmung erteilt und ja sagt, dass man dann natürlich in die korrekte und konkrete Umsetzung und Planung gehen muss und da bedarf es natürlich auch genau jener Arbeit und Vorarbeit, um mit dem jeweilig Verantwortlichen in den einzelnen Betrieben und Bereichen, wo die Stadt Graz als Miteigentümer auftritt, hier auch diese Möglichkeiten auszuloten, und glauben Sie mir, ich weiß auch, von was ich da rede, da gibt es Möglichkeiten in einer vielfachen Form. Und zur Zahl 500, man muss klare und deutliche politische Ziele setzen, um endlich etwas weiterzubringen in dieser Stadt, das muss man auch klar und deutlich sagen in der Form und hier ist es, glaube ich auch, mit einer Zahl ein bisschen Aufmerksamkeit zu erregen. Ich hoffe, wir bringen viel zusammen und wenn wir nur 350 zusammenbringen, bin ich der Erste, der sich daherstellt und sagt bei all jenen, die mitgeholfen haben, ein herzliches Danke im Namen derjenigen, die diese Ausbildung dringend brauchen, weil ja letztendlich die Wirtschaft, die viel zitierte

Wirtschaft diese Aufgaben schon lange nicht mehr wahrnimmt. Und ich will das jetzt nicht weiter ausführen, wir haben ja die Bereiche gehabt, wo diese Großbetriebe in der Stadt Graz Lehrwerkstätten gehabt haben, wo wir bis zu 500 Jugendliche, zum Beispiel bei der ehemaligen Steyr Daimler Puch oder bei Andritz oder bei Waagner Biro oder bei SGBP hier in der Ausbildung gehabt haben, der notwendig ist, um in der Wirtschaft dementsprechend auch diese Leistungen erbringen zu können, die notwendig sind, dass wir diese Fachkräfte hier dementsprechend auch ausbilden konnten. Das ist jetzt nicht mehr der Fall, es ist in den Kleinbereichen noch einiges möglich, aber in weiten Bereichen nicht mehr und glauben Sie mir auch eines, diese Stadt Graz setzt viele Initiativen in vielen Bereichen, und da kann man unterschiedlicher politischer Meinung sein, wie sinnvoll oder wenig sinnvoll sie sind, ich sehe vieler dieser Initiativen auch als notwendig, aber glauben Sie mir, diese Initiative der Lehrstelleninitiative der SPÖ ist auch eine wesentliche und darum bedanke ich mich, dass Sie im ersten Schritt bereit sind, hier mitzutun. Ich hoffe, dass wir aktiver sind als wie in den letzten Jahren, weil da ist wirklich wenig passiert und wir werden als Sozialdemokratie auch dementsprechend Acht geben in diesem Haus, dass sich in Zukunft hier auch diese Initiative, wenn sie heute die Zustimmung erhält, von Ihnen auch dementsprechend rasch und bald umgesetzt wird. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Angekündigt ist dieser Abänderungsantrag bereits in mehreren Wortmeldungen. Eine gute Lösung dieser wichtigen Frage, die da vom Kollegen Kolar eingebracht wird, welche und auch wie viele neue Lehrstellen im Haus Graz geschaffen werden können, bedarf einer seriösen Grundlage. Die Zahl von 500 Lehrstellen klingt, und es tut mir jetzt leid zu sagen, weil ich der Replik und den

Ausführungen vom Kollegen Grosz, die teile ich nicht, klingt aber eher nach einer willkürlichen Hausnummer. Du hast gesagt, es ist ein politisches Ziel und muss erst einmal verifiziert werden. Dieses Thema ist viel zu ernst, um marktschreierisch und leichtfertig eine Zahl in der Öffentlichkeit zu lancieren. Wir müssen gemeinsam und rechtzeitig über die Qualität der Lehrstellen und über die Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten in Graz beziehungsweise im Haus Graz nachdenken. Wir brauchen Lehrstellen mit Zukunftsperspektiven und wir müssen sicherstellen, dass auch adäquate Lehrstellen für lernschwache und vom Schulsystem wenig unterstützte Jugendliche angeboten werden können. Besonders wichtig ist es, dass bei der Schaffung von neuen Lehrstellen auf die Bedürfnisse und Berufswünsche der jungen Menschen nicht vergessen wird, wobei in diesem Zusammenhang auf die Grenzen des Lehrstellenangebotes in Bezug auf Lehrberufe im Haus Graz hinzuweisen ist. Weiters müssen die Auswirkungen der Schaffung von Lehrplätzen im Haus Graz auf die Grazer und deren Lehrstellenangebot geprüft werden, weil das hat Auswirkungen aufeinander. Gleichzeitig kann natürlich hier die Stadt Graz steuernd eingreifen und jenen Lehrstellensuchenden, die besondere Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Lehrplatz haben, wie beispielsweise Migrant*innen, Perspektiven bieten. Wir sehen daher die Idee von dir, lieber Kollege Willi Kolar, die in diesen Antrag gemündet hat, für unterstützungswürdig und sehen die seriöse Beschäftigung mit dem Thema und eine erfolgreiche Umsetzung als absolut notwendig an, daher stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat beauftragt den Magistratsdirektor und den Personalkoordinator der Stadt Graz

1. zu klären, in welchen Berufsfeldern wie viele Lehrstellen in der Holding, in den Gesellschaften und Beteiligungen angeboten werden könnten.
2. Parallel dazu ist mit dem Arbeitsmarktservice Graz zu klären, welche Jugendliche mit welchen Berufswünschen und welchem Unterstützungsbedarf eine Lehrstelle suchen.

3. Ebenfalls muss geklärt und schriftlich fixiert werden, welche begleitenden Maßnahmen das Haus Graz anbieten muss (wie beispielsweise eine sozialpädagogische Begleitung), damit auch Jugendliche mit erhöhtem Unterstützungsbedarf erfolgreich eine Lehre oder eine Teilqualifikationslehre im Haus Graz absolvieren können.
4. Die Lehrstellen sind öffentlich auszuschreiben und an den Grazer Schulen und in den Jugendbeschäftigungsprojekten bekanntzumachen.
5. Bei der zukünftigen Vergabe von Lehrstellen ist im Sinne der Integrationsstrategie der Stadt Graz nach den Kriterien der Diversität vorzugehen.

Danke für die Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Der Herr Gemeinderat Mariacher bittet um punktuelle Abstimmung des Abänderungsantrages. Wenn wir jetzt zur Abstimmung des Abänderungsantrages kommen, dann gibt es den Antrag auf punktuelle Abstimmung, deswegen werde ich es jetzt einzeln noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Das Erste ist die Klärung, wie viele Lehrstellen da sind.

Der Punkt 1 des Abänderungsantrages wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Dann kommen wir zum zweiten Punkt des Abänderungsantrages. Da geht es um Klärung mit dem Arbeitsmarktservice wegen der Berufswünsche und welcher Unterstützungsbedarf gegeben ist.

Der Punkt 2 des Abänderungsantrages wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Punkt drei, da geht es um die Klärung, welche begleitenden Maßnahmen das Haus Graz anbieten muss, um auch Jugendliche mit erhöhtem Betreuungsbedarf aufnehmen zu können.

Der Punkt 3 des Abänderungsantrages wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Wir kommen jetzt zum Punkt 4, das ist die öffentliche Ausschreibung dieser Lehrstellen und Bekanntmachung in den entsprechenden Einrichtungen beziehungsweise in den Schulen.

Der Punkt 4 des Abänderungsantrages wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Der Punkt 5, bei der zukünftigen Vergabe ist im Sinne der Integrationsstrategie nach den Kriterien der Diversität vorzugehen.

Der Punkt 5 des Abänderungsantrages wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Informationen und Kontrolle zum Baumschutz auf Baustellen und beim Baumschnitt

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! In meinem dringlichen Antrag geht es um das Thema Baumschutz. Wir haben Ihnen dazu auch ein paar Fotos mitgebracht, damit Sie sich selber ein Bild, wie die Situation derzeit trotz der vorliegenden Vorschriften und Gesetze ist. Ich würde vorschlagen, dass man das einfach durchgeben und die Kolleginnen und Kollegen sich das anschauen können. Ich möchte die Ausführungen zu meinem dringlichen Antrag mit einem E-Mail einleiten, das ich heute erhalten habe. Da schreibt eine Dame, die bei einer Baustelle in der Augasse wohnt: Abgesehen von den Lärm- und Staubbelastungen der letzten zwei Jahre wurde im Zuge des Baubeginns eine großgewachsene alte Linde und eine ebenso große Silberfichte von der Wurzelmasse grob fahrlässig zerstört, sodass davon ausgegangen werden kann, dass diese Bäume in ein bis zwei Jahren nicht mehr bestehen werden. Sie hat sich natürlich an die zuständigen Stellen der Stadt Graz gewandt und schreibt dann weiter, das Stadtgartenbauamt teilte mir mit, dass eine Anzeige gemacht werden könne, jedoch würde der Besitzer die Strafe bezahlen und die Bäume müssten aus Sicherheitsgründen dann sofort gefällt werden. Ich glaube, dass diese Vorgangsweise ist leider seitens der Bauwerberinnen und Bauwerber und dann der durchführenden Baufirmen sehr oft gemacht wird, a) werden Bäume nicht geschützt, sie werden beschädigt und dann können sie sie wegräumen und haben einfach ein leichteres manövrieren und hantieren mit ihren Baumaschinen. Wie gesagt zu meinem dringlichen Antrag, Sie alle kennen die gültige Baumschutzverordnung der Stadt Graz. Es gibt darüber hinaus einige andere Verordnungen, es gibt ÖNORMEN, dort wird zum Beispiel festgelegt oder steht zum Beispiel: Dieser Wert ist durch Neupflanzung auf längere Zeit nicht ersetzbar, daher sind die Bestände an alten Bäumen zu schützen. Und es zeigen eben diese Beispiele, die Sie jetzt auch auf den Bildern sehen, dass der unachtsame Umgang sowohl in Gesetzen und Verordnung als auch den derzeit geltenden ÖNORMEN entspricht, sowohl was Baustellen betrifft als auch Baumschnittmaßnahmen an sich.

Ich möchte jetzt noch kurz auf die ÖNORMEN kommen. ÖNORM zum „Schutz von Gehölzen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ listet eben auf, welche

Schäden auftreten können, Verdichtung, durch Abgrabung im Wurzelbereich, durch Aushub von Gräben, wie man auch auf den Fotos sieht. Gleichzeitig werden auch Maßnahmen vorgeschlagen wie mit dem Baum fest verbundene Baumkisten oder ein Wurzelvorhang oder eben eine ökologische Bau-Aufsicht, die einfach drauf schaut, dass es den Bäumen gut geht.

Eine weitere ÖNORM die sich mit dem Thema „Baumkontrolle und Baumpflege“ widmet (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), schreibt...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Liebe Leute, da herinnen ist eine ziemliche Aufbruchstimmung, wir sind noch mitten in der Gemeinderatssitzung und ich ersuche, entweder an der Sitzung teilzunehmen und wenn es ganz was Wichtiges anderes gibt, das draußen fortzuführen. Aber es ist noch normale aufrechte Gemeinderatssitzung und es wird gerade ein dringlicher Antrag von ziemlicher Bedeutung behandelt.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Danke, Lisa. Zum Thema Pflegemaßnahmen. In der Krone wird festgehalten, Schnittmaßnahmen in der Krone sind so durchzuführen, dass das artgerechte Erscheinungsbild der Pflanze gewahrt bleibt. Das heißt, es geht nicht, dass man Linden zum Beispiel auf Apfelbaum schneidet, wie man es leider in der Stadt öfter sieht. Kronenkappungen sind keine Baumpflegemaßnahmen. Daher sind sie zu unterlassen. Ich glaube, dass diese Fotos sprechen für sich und ich komme jetzt zu meinem

dringlichen Antrag:

Der zuständige Stadtsenatsreferent, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, wird ersucht:

- 1.) dem Erhalt von Bäumen auf öffentlichen und privaten Flächen oberste Priorität einzuräumen,
- 2.) auf der Web-Site der Stadt Graz Informationen über Baumschutzmaßnahmen auf Baustellen gemäß ÖNORM L1121 sowie fachgerechte Baumpflege gemäß ÖNORM L1122 zur Verfügung zu stellen und durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit bekannt zu machen,
- 3.) die zuständigen Abteilungen des Magistrats bei größeren Baustellen zu beauftragen, nach Möglichkeit in Baubescheiden Baumschutzmaßnahmen sowie eine ökologische Bauaufsicht mit mindestens 14-tägigen Kontrollen standardmäßig vorzuschreiben,
- 4.) die zuständigen Abteilungen des Magistrats bei allen Baustellen zu beauftragen, in Baubescheiden auf die oben genannten Informationen auf der Web-Site der Stadt Graz hinzuweisen,
- 5.) die zuständigen Abteilungen des Magistrats zu beauftragen, bei unzulässigen Schnittmaßnahmen wie Kronenkappungen die im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorgesehenen Geldstrafen auszuschöpfen.

Ich bitte auch unter Bezugnahme auf die Fotos, die wir durch den Gemeinderatssitzungssaal gehen ließen, um Annahme dieses dringlichen Antrages (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Werte Andrea! Ich werde kurz begründen oder doch vielleicht ein bisschen ausführlicher, wieso unsere Fraktion der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen kann. Ich begründe das wie folgt und zwar jetzt in einigen Sätzen, die mir sehr wichtig erscheinen. Die Bedeutung des Baumschutzes für die Stadt Graz ist durch die geltende Grazer Baumschutzverordnung dokumentiert. Diese Grazer Verordnung basiert auf dem Steiermärkischen Baumschutzgesetz, die Strafbestimmungen sind auch in diesem Gesetz verankert. Zur Einleitung und erfolgreichen Durchführung eines Strafverfahrens ist es jedoch relativ schwierig,

genau den Täter, den Anstifter, den Tatzeitpunkt usw., das kennen wir alles, und den Tatort zu eruieren. Die Grazer Baumschutzverordnung, das ist schon wichtig, 1995 in der derzeit geltenden Fassung, wir wissen, sie ist ja schon einmal korrigiert worden nach oben, nach unten in alle Richtungen gilt aufgrund ihrer Kundmachung für alle Grazer, daher auch für alle Magistratsabteilungen, Baufirmen usw. Jetzt kommt aber ein wichtiger Punkt, den wir sehr heftig diskutiert haben und der, glaube ich, sehr entscheidend ist auch für die Beantwortung der Fragen oder der Punkte, die du heute angeschnitten hast. Die vom ÖNORM-Institut erarbeiteten Normen, die sogenannten ÖNORMEN sind freiwillige Standards, die einzuhalten sind, die jedoch nicht einklagbar sind. Es handelt sich nicht um Gesetze beziehungsweise Verordnungen, die kundgemacht wurden. Durch Gesetze und Verordnungen können ÖNORMEN zur Gänze oder teilweise für verbindlich erklärt werden, das ist also durchaus richtig, so sind im Steiermärkischen Baugesetz jedoch diese ÖNORMEN zum Baumschutz, die du angeführt hast, die L1121 und L1122, nicht verbindlich erklärt worden. Gemäß § 7 Abs. 1 lit c dürfen die ÖNORMEN nur von diesen Vereinen, und das ist auch wichtig in Verkehr gesetzt und vervielfältigt werden. Verstöße dagegen stehen unter Strafandrohungen. Wichtig ist, die ÖNORMEN L1121 und L1122 dürfen daher im Intranet der Stadt Graz nicht wiedergegeben werden. Das ist also ganz wichtig. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass im Einvernehmen mit der Baubehörde, im Einvernehmen auch mit den Bauherren, mit dem Einvernehmen der Baufirma, den Inhaber der Baubewilligung sicher im Einvernehmen über Schutzmaßnahmen verfügt werden können. Es ist, glaube ich, durchaus anzuregen, dass in Zukunft mit der ja jetzt schon länger eingesetzten neuen, weiteren, der Bau- und Anlagenbehörde, diese Frage zu diskutieren wäre. In einer Bauverhandlung geschlossene exakte privatrechtliche Vereinbarungen zwischen dem Bauwerber und dem Nachbarn zum Beispiel zum Schutz von Bäumen sind jedenfalls in der Verhandlungsschrift entsprechend aufzunehmen. Diese Vereinbarung ist dann im Baubescheid, in der Begründung zu dokumentieren und kann nur bei Gerichts- und Vertragsparteien eingeklagt werden. Die Stadt Graz kann durch die Baubehörde auf diese Vereinbarung und ihre Durchsetzung auch keinen Einfluss nehmen. Ich darf nochmals

abschließend sagen, dass wir durchaus bereit sind, gemeinsam mit der Bau- und Anlagenbehörde in diese Richtung zu diskutieren und ich denke, dass es auch ein wichtiges Thema für einen Ausschuss wäre. Danke, und wir sind gegen die Dringlichkeit und gegen den Inhalt dieses Antrages (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Grünen strotzt nur von Populismus und ist völlig unglaubwürdig, wenn man gerade die Ressortführung der Frau Vizebürgermeisterin anschaut in diesem Bereich, was hier unter Anführungszeichen „geleistet“ worden ist in dieser Legislaturperiode. Ich möchte beispielhaft nur zwei Dinge ausführen: das Erste war die Fällung der Bäume vorm Temmel am Eisernen Tor, wo, weil dort ungleich hohe Platten waren und diverse Fußgängerinnen mit ihren Stöckelschuhen vorgegeben haben, dass es sie stört, dass da die Platten uneben sind, die Bäume einfach radikal gekürzt beziehungsweise gefällt worden sind. Eine Aktion der Frau Vizebürgermeisterin Rücker, das war das Erste und das Zweite, wo sie selber Hand an die Axt gelegt hat, die Frau Vizebürgermeisterin, war ihr Lieblingsprojekt, das Shared Space, wo auch gesunde, und zwar nachweislich gesunde Bäume am Sonnenfelsplatz gefällt worden sind, um ihr Lieblingsprojekt, das Shared-Space-Projekt durchzudrücken. Soweit die Glaubwürdigkeit der grünen Fraktion zu dieser Baumfrage und daher kann ich und werde ich auch diesem Antrag in Dringlichkeit und im Text nicht zustimmen, noch dazu, wo im Punkt 1 zwar oberste Priorität eingeräumt worden ist den Bäumen, aber nicht ausgeführt ist, gegen welche anderen Interessen und Abwägungen. Danke.

GR. Ing. **Lohr**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Antragsteller! Umwelt und Baumschutz ist natürlich auch für die Freiheitlichen ein wichtiges Thema. Allerdings

der Antrag hier ist nicht dringlich, wir haben die Vorredner gehört, Kollege Topf, Kollege Mariacher haben schon einiges ausgeführt, es werden hier Maßnahmen gefordert, die ohnehin schon durchgeführt werden. Ich zitiere ja noch einmal zum Beispiel Punkt 1, wo es heißt, dem Erhalt von Bäumen ist oberste Priorität einzuräumen. Auch hier muss man sagen, dem Herrn Bürgermeister Nagl wird auch natürlich die Sicherheit ein Anliegen sein und manchmal, wenn Gefahr in Verzug ist für Mensch und Leben, dann muss eben der Baum auch einmal zurückstehen. Punkt 5 ebenso, wenn man die zuständigen Abteilungen auffordert, bei unzulässigen Schnittmaßnahmen vorgesehene Geldstrafen auszuschöpfen, auch das sollte natürlich vom Magistrat durchgeführt werden, ist ja auch bereits verordnet. Wenn es allerdings zu Versäumnissen kommt, und da bin ich durchaus bei der Kollegin, es gibt ja die Beispiele, die sie ausgeteilt hat, da sollte man dann am kurzen Weg die zuständigen Abteilungen informieren, auf das Versäumnis hinweisen, wenn das nicht hilft, kann man immer noch den Herrn Bürgermeister in der Fragestunde oder mit Anträgen dazu bewegen, auch hier für den Baumschutz was zu tun. Baumschutz ist wichtig, dieser Antrag hier heute nicht (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihre Wortmeldungen haben mich teilweise wirklich amüsiert, was manche von Ihnen, die zugehört oder zugeschaut haben, auch gesehen haben. Zum Beispiel, dass es nicht möglich ist, Täter und Tatort auszumachen. Ich meine, das ist eine Aussage, die ich nicht nachvollziehen kann, weil es ist ganz klar, bei jeder Baustelle gibt es einen Bauherrn und dass die nicht auszumachen sind, wenn sie einen Baum beschädigen, finde ich sehr interessant. Ich habe in den Wortmeldungen auch das Gefühl gehabt, dass es hier sehr viele Ausreden gibt, es ist in dem Antrag nicht um die Haftung gegangen, mir ist das sehr wohl bewusst, dass die Haftung ein sehr schwieriges Thema ist, weil sie letztlich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt betrifft. Es ist um mutwillige Beschädigungen von gesunden Bäumen, die nicht gefällt werden müssen,

auf Baustellen gegangen und es ist um mutwillige Kronenkappungen und Schnittmaßnahmen von gesunden Bäumen gegangen. Gefahr im Verzug, Haftung war hier überhaupt nicht im Spiel. Es ist einfach ein schönes Beispiel dafür, wie egal den anderen Fraktionen außer den Grünen der Baumschutz ist. Das können einfach alle Grazerinnen und Grazer auch nachlesen, wenn sie die Nachlese dieser Gemeinderatssitzung lesen. Aber selbstverständlich werden wir uns bezüglich der Kontrollmaßnahmen mit der Baubehörde, der neuen Leiterin ins Einvernehmen setzen, um hoffentlich auch ohne, dass die zuständigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte diese Wichtigkeit erkennen, hoffentlich trotzdem eine Lösung für die Bäume zu finden (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Volksabstimmung über Beitritt Österreichs zum EU-Fiskalpakt

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, auch von mir die besten Glückwünsche heute. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben die Einführung eines so genannten „EU-Fiskalpakts“ beschlossen. Nachdem zwei Mitgliedsstaaten der EU (Großbritannien und Tschechien) deponierten, sich diesem Vertrag nicht anzuschließen, gilt dieser Vertrag eigentlich nicht als EU-Vertrag. Trotzdem werden

der EU-Kommission und dem EUGH entscheidende Rechte bei der Exekution des Vertrages eingeräumt. Der Vertrag soll bereits 2013 in Kraft treten, wenn zumindest zwölf EU-Mitgliedsstaaten ihn ratifiziert haben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Es besteht die Gefahr, dass auch in Österreich im Eilzugsverfahren etwas beschlossen wird, über dessen Auswirkungen weder die Bevölkerung noch die Gebietskörperschaften ausreichend informiert sind.

Als Ziel des „EU-Fiskalpakts“ wird eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten der EU, insbesondere auch der Budgetpolitik, genannt. Das in jahrhundertelangen Kämpfen durchgesetzte Recht von gewählten Parlamenten, über das Staatsbudget demokratisch entscheiden zu können, wird mit diesem EU-Fiskalpakt in Frage gestellt.

Dabei ist auffallend, dass es nicht bloß um das Ziel eines ausgeglichenen Budgets geht. Die öffentlichen Ausgaben werden insgesamt nur als Belastung betrachtet. Der vielfältige Nutzen, den die Bürgerinnen und Bürger aus hochqualitativen öffentlichen Leistungen, besonders auch der Kommunen, ziehen, bleibt unbeleuchtet. Besonders in Krisenzeiten können die öffentlichen Kassen, besonders über Gemeindeaufgaben und Gemeindeinvestitionen – nach Auffassung der meisten anerkannten Wirtschaftsforscher – einen wichtigen Beitrag zur Abwehr von Arbeitslosigkeit und zur Sicherung von Volkseinkommen leisten. Mit dem „EU-Fiskalpakt“ droht, dass den Gemeinden diese Möglichkeit, für ihre Bürgerinnen und Bürger nützlich zu sein, genommen wird.

Unsere Gesellschaft steht vor vielfältigen Aufgaben. Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Pflege, Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr, Umweltschutz erfordern tatkräftiges Engagement der öffentlichen Hand, insbesondere der Gemeinden. Bereits jetzt ist die verfassungsmäßig garantierte Gemeindeautonomie faktisch weitgehend ausgehöhlt, weil die Einnahmen in den letzten Jahren nicht im gleichen Ausmaß gewachsen sind wie die Wirtschaftsleistung insgesamt. Mit diesem Vertrag

droht eine weitere Einschränkung der Möglichkeiten für die Gemeinden, autonom für ihre Bürgerinnen und Bürger tätig zu werden.

Über diesen EU-Fiskalpakt braucht es eine ausführliche Debatte in den betroffenen Körperschaften unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb fordern wir die Durchführung einer Volksabstimmung über den EU-Fiskalpakt vor Ratifikation im österreichischen Parlament (*Applaus KPÖ*).

Ich komme zum

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert die Regierung und den Bundesgesetzgeber dazu auf, eine Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zum EU-Fiskalpakt abzuhalten (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, lieber Antragsteller! Gestern Abend ist der Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden unterzeichnet worden, du wirst das wissen. Ich zitiere: Bund, Länder und Gemeinden vereinbaren zur Umsetzung der Vorgaben des Artikel 13 BVG des Unionrechts und des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion ein System mehrfacher Fiskalregeln usw. Letztlich sind die Bestimmungen des Fiskalpakts, den du ansprichst, in diesen geltenden Regeln des Stabilitätspakts übernommen und entsprechend nun in viel strikterem Ausmaß, was der Fiskalpakt fordert als generelle Norm, diesem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Was ich damit sagen will, wir stehen zu deinem Motivenbericht natürlich ein wenig in einem gewissen weltanschaulichen Konflikt. Darauf gehe ich aber nicht ein, weil inhaltlich werden wir den Antrag auch ablehnen, wir werden aber auch der

Dringlichkeit nicht zustimmen, weil dieses Thema, da kann man jetzt dafür oder dagegen sein, aber letztlich ist das Thema gegessen. Österreich bekennt sich, die Länder, die Gemeinden, der Bund bekennen sich und streben bei ihrer Haushaltsführung nachhaltig geordnete Haushalte an und koordinieren die Haushaltsführung nach diesen Bestimmungen. Soll heißen, und das haben Experten bestätigt, ich habe mich da noch einmal schlau gemacht, dass eben diese Budgetdisziplin, die gefordert wird, in den nationalen Regelungen übernommen ist und noch in einem stringenteren Ausmaß als es dieser sogenannte Fiskalpakt...und ich bin vom Herrn Klubobmann Karl-Heinz Herper ermächtigt, das auch für die Sozialdemokratie zu sagen, wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zustimmen, ebenso die Sozialdemokratie. Danke (*Applaus ÖVP*)

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Bisschen erstaunt bin ich schon, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich meine, dass das ökonomisch inhaltlich richtig war, was dahinter steht, richtig ist im KPÖ-Antrag, das ist, glaube ich, inzwischen eh vielen bewusst worden. Die großen Ökonomen haben das längst erkannt, dass diese Stabilitätspolitik ohne ausreichendes Wachstum völlig daneben geht. Wir brauchen nur nach Griechenland schauen, dann wissen wir auch, was passiert. Aber ok, Weltpolitik kann man anders einschätzen, das bleibt einem jeden überlassen, aber das Gedächtnis in diesem Haus ist schon eine Katastrophe, Leute. Vor zirka zwei Jahren hat die KPÖ einen ähnlichen Antrag gestellt, daraufhin habe ich einen leichten Abänderungsantrag eingebracht, da haben wir einstimmig, die SPÖ, ÖVP, weil es ihnen gerade gepasst hat, einstimmig für die Aufhebung des österreichischen Stabilitätspaktes gestimmt. Da haben wir erkannt, das ist ein Blödsinn, da werden wir beschränkt, da hat es einen hellen Moment gegeben, muss ich sagen sozusagen. Jetzt, zwei Jahre später, weiß das keiner mehr, Leute, schauen Sie sich bitte die alten Beschlüsse an, vor zwei Jahren einstimmig für die Aufhebung des Stabilitätspaktes einen gemeinsamen Antrag, wenn ich ihn so nennen darf, weil eine Abänderung dabei war, und jetzt auf einmal kommt ein

ähnlicher Antrag, macht absolut Sinn, ist auch sinnvoll und jetzt will keiner mehr davon wissen. Na, Leute, das ist ein bisschen Kurzzeitgedächtnis (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.45 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch dieser Antrag, und es ist ja hier in den Wortmeldungen auch auf Griechenland Bezug genommen worden, ist sehr populistisch. Und ich sage euch, und die Zukunft wird es weisen, die griechische Wahl wird belegen, dass die Griechen leider mit ihrem Stimmverhalten den Bock zum Gärtner gemacht haben und sicher nichts zur Lösung der Problematik beigetragen haben, sondern vielleicht sogar wesentlich die Problematik verschärft haben und soziale Spannungen noch heraufbeschworen haben, damit mit ihrem Wahlverhalten das bisher Gesagte noch als minimal erscheinen lässt, so sehr es in diversen Bereichen schon sehr ernst ist. Da bin ich ja durchaus mit dem Kollegen Fabisch einer Meinung. Aber, die bisherigen Verhalten der Nationalstaaten, wenn man das so will, der Länder und der Gemeinden und hier im Besonderen der Stadt Graz aus den vergangenen Jahrzehnten durch eine fast permanente rot/schwarze Koalition, die hier mit Finanzreferenten und Bürgermeister am Werk war, zeigt ja gerade, dass die Stadt Graz und ihre gewählten Vertreter nicht in dem Ausmaß die Verantwortung wahrgenommen haben, hier wirklich für geordnete wirtschaftliche Verhältnisse gesorgt haben in Graz. Die Bürgerinnen, ihr habt es selber gesagt mit den Bäderpreisen, die BürgerInnen immer weiter abgezockt haben mit Abgaben, Steuererhöhungen immerfort und einen Schuldenberg angehäuft haben, der kaum abbaubar erscheint. Und die Vorgaben, die jetzt im Fiskalpakt vereinbart worden sind, sind sicher aus heutiger Sicht sehr streng, müssen wirklich zu einem

Paradigmenwechsel führen bei den Regierungen, nur dann ist es zu stemmen. Aber an diesem Weg führt kein Weg vorbei. Der den Fiskalpakt aufschnüren möchte, der möchte die Verschuldung weiterhin im bisherigen Ausmaß forcieren, der wird weder den Griechen helfen noch den Österreichern oder den Grazerinnen und Grazern, die ihr Vermögen verschieben sollen in andere Länder. Das kann es nicht sein, das wird entweder zu höheren Verschuldungen führen oder es wird zu einer Geldentwertung führen, sprich Inflation, die besonders, und da spreche ich euer Klientel an, die sozial Schwachen massivst treffen wird, nämlich gerade die Alten, die Jungen, die Familien, die dann sehen, dass sie zwar Geldscheine in der Hand haben, mit denen sie sich aber nichts kaufen können und das gilt es zu vermeiden und daher werde ich diesen Antrag nicht unterstützen, weder in der Dringlichkeit noch in der Ausführung.

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge der KPÖ, muss man immer sagen, sind im Normalfall immer sehr gut recherchiert, ihr macht euch wirklich sehr große Gedanken und tiefe Gedanken über eure Themen. Es wird Sie nicht verwundern, wenn wir bei diesem Antrag diesmal auch mitgehen werden. Sie wissen, wir sind sehr kritisch beziehungsweise ablehnend dem Fiskalpakt gegenüber, aber auch für Pro-Volksabstimmungen, also da sind wir immer zu haben. Deshalb von der FPÖ Ja zur Dringlichkeit und Ja zum Inhalt auch (*Applaus FPÖ und KPÖ*).

GR. **Grosz:** Ich bin erschüttert über die Wortmeldung des Kollegen Frölich, die er auch im Auftrag der Sozialdemokratie hier abgegeben hat, aber auch über die Wortmeldung des Kollegen Mariacher. Was ist denn die Aufgabe einer Gesetzgebung, sei es jetzt der Landtag oder der Nationalrat? Kollege Mariacher, was den Nationalrat betrifft, zumindest die Steuerhoheit, eines der wesentlichen Instrumente der Legislative in Österreich. Mit dem EU-Fiskalpakt, und das sagen alle Experten und das

sagen auch alle jene, die es sich wünschen, wird die Steuerhoheit dieses Landes in eine Transferunion übermittelt und dann ersparen wir uns den Nationalrat, sparen wir uns den Landtag, aber da ersparen wir uns auch die Gemeinderäte. Wenn wir tatsächlich der Meinung sind, Kollege Mariacher und Kollege Frölich, dass wir ohnedies in jenen, die in Verantwortung stehen, unnütz sind und das drückt man indirekt mit der Zustimmung zu dem Fiskalpakt aus, weil man sagt, dieses Land ist selbst nicht einmal mehr imstande, die Budget- und Steuerhoheit für sich selbst in Anspruch zu nehmen, na dann schaffen wir uns ab. Was haben wir denn dann noch zu tun, außer drei Verkehrstafeln aufzustellen oder vielleicht darüber zu befinden, ob wir eine Landstraße bauen oder eine Bundesstraße bauen, aber nicht einmal die finanzielle Hoheit haben, die Budgetierung für diese Bundesstraße durchzuführen? Das Budget ist der zentrale Mechanismus der Politik. Die Steuerhoheit ist die zentrale Oberhoheit österreichischer nationalstaatlicher Politik. Was wollen wir denn wir dann noch für Resolutionen auf Bund-, Landes- oder Gemeindeebene Beschlüsse verabschieden, wenn wir es nicht einmal mehr selbst in der Hand haben, eigenständig Budgets zu erstellen. Der EU-Fiskalpakt hebt die nationalen Budgets der Mitgliedsstaaten aus, Ausrufungszeichen, dreimal unterstrichen jubelt der Herr Frölich und der Herr Mariacher, dass das alles so klass ist. Der Einzige, der das offenbar erkannt hat, ist der Kollege von der KPÖ, nicht nur, dass es entscheidend in unsere Verfassung eingreift, in unserer österreichischen Bundesverfassung ist geregelt, was die Bundesbudgets, der Bundesgesetzgeber zu tun hat, die Landesgesetzgebung. Es ist auch geregelt in den verschiedenen Gemeindeordnungen, dass die Budgethoheit der Stadt Graz der Gemeinderat hat und nicht der Regionalkommissär für Südeuropa, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Mariacher und Herr Frölich. Ein Wahnsinn, daher unterstützen wir diesen Antrag. Wenn man diesen Eingriff macht, dann muss es auch zu einer Volksabstimmung kommen. Aber dann bitte gleich zur Volksabstimmung, die nächste Frage dazu, sind Sie dafür, dass der österreichische Nationalrat, der Bundesrat, die Landtage abgeschafft werden und die Mitglieder der Bundesregierung in Zukunft als Geschäftsführer der Europäischen

Kommission, Filialleitung Wien, fungieren, aber nicht mehr als eigene Bundesregierung (*Applaus KPÖ und BZÖ*)?

GR. Mag. **Haßler**: Nach der staatstragenden Rede unseres Nationalrates und ehemaligen Ministersekretärs Gerald Grosz darf ich es wieder ein bisschen bodenständiger geben, Herr Gemeindrat. Ich glaube, es wird wenig verwundern, wenn ich da für unsere Fraktion noch einmal eindeutig feststelle, dass wir uns zu einem vereinten Europa ganz klar bekennen. Wo wir mit dem Antragsteller übereinstimmen, ist der Punkt, dass der Fiskalpakt, wie er jetzt vorliegt, da hast du vollkommen Recht, sicher nicht befriedigend ist, auch wir haben da große Kritikpunkte, ein reiner Sparpakt, wie er jetzt vorliegt, kann so nicht bleiben, das sehen wir so, das sehen auch unsere Nationalräte in Wien so, das sieht auch unsere Fraktion in Brüssel so, das heißt...

Zwischenruf GR.in Schloffer unverständlich.

GR. Mag. **Haßler**: Da gibt es schon Bestrebungen in diese Richtung. Das heißt, dass wir diesen Pakt ergänzt haben wollen um die Komponente Arbeitsplätze und um einen Wachstumspakt.

Zwischenruf GR. Schröck: Hat die Rede die Rudas geschrieben?

GR. Mag. **Haßler**: Nein, die habe ich selbst geschrieben. Wenn wir in Europa konfrontiert sind mit einer Jugendarbeitslosigkeit teilweise von über 50 %, dann kann dieser Bereich nicht vergessen und ausgespart werden. Ich glaube, da treffen wir uns ganz eindeutig auf dieser Ebene. Aber eines muss auch klar sein, ich glaube, die meisten von uns leben in einer Beziehung, in einer Familie und selbst in dieser Ebene braucht es Spielregeln und Regeln des Zusammenlebens und genauso ist es mit Europa. Ich kann nicht in einer Gemeinschaft sein und jeder macht, was er will, dann kommt das heraus, was wir jetzt haben. Deshalb braucht es diese Spielregeln, und bis der Kollege Frölich schon gesagt hat, das was da kritisiert wird und was da gefordert wird in einer Volksabstimmung, dass wir die Autonomie der Gemeinden freilassen, nicht mehr, weil wir auf innerstaatlicher Ebene bereits einen Pakt unterschrieben haben, wo wir uns freiwillig auch ohne vereintes Europa Spielregeln geben, wir unsere Finanzen gestalten wollen. Deshalb nein zur Dringlichkeit, aber ja zu einer Veränderung des Fiskalpaktes und einer Ergänzung in Richtung Arbeit und Beschäftigung und Wachstum. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, möchte ich einige Punkte ein zweites Mal bringen. Viele gute Wortspenden haben es auch schon mehrmals anklingen lassen. Es soll niemand hier sagen können in einigen Jahren, er habe es nicht gewusst. Wenn Sie hier nicht mitstimmen, das muss auch klar sein, haben Sie ihren Teil dazu beigetragen an der vermutlich miesen Entwicklung, die in der EU stattfinden wird. Zum Kollegen Frölich möchte ich nur sagen, typisch österreichischer vorauseilender Gehorsam, der innerösterreichische Stabilitätspakt könnte jederzeit wieder geändert werden, wenn es österreichischer Wille ist. Aus dem EU-Fiskalpakt gibt es keine Ausstiegsklausel, möchte ich nur sagen. Die Folgen werden sein, die Wirtschaft in der EU wird erst recht in die Rezession geraten, die krassesten Kürzungen werden den Sozialbereich treffen.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ **Binder**: Jetzt schon.

GR. Mag. **Fabisch**: Jetzt schon, das ist richtig. Es gibt zwar noch keine genaue Gestaltung, aber die EU-Kommission wird damit beauftragt werden, sie wird eine genaue Gestaltung vornehmen und der Sozialbereich wird der erste sein, den es weiter zu verhindern gilt, davon bin ich leider überzeugt. Demokratiepoltisch ist es wirklich ein Wahnsinn, das hat der Kollege Grosz sehr schön drastisch geschildert, dass national gewählte Parlamente ihrer Bevölkerung budgetpolitisch nicht mehr verpflichtet sind. Es geht nicht mehr um Rahmen und Ziele der Kürzungen, die nähere Ausgestaltung, wie gesagt, wird die EU-Kommission vornehmen. Die Sparpakete werden Privatisierungen erzwingen, der Druck auf den Arbeitsmarkt wird steigen, Gehälter und Pensionen werden gekürzt und die Nachfrage sinkt, weil sich die Menschen all das Zeug, das angeboten wird, nicht mehr leisten werden können. Selbst in Deutschland, wer heute die Zeitung gelesen hat, selbst in Deutschland steigen die Bedenken. Italiens Ex-Premier Brodi warnt vor der Sparpolitik. Aus Frankreich hört man kritische Töne, kaum hat man in Frankreich anders gewählt, werden anscheinend auch Österreicher munter, leider nur wenige mit schön bezahlten Posten im Nationalrat. Aber die Stimmung gegen dieses Vorhaben steigt. Ich erwähne da vielleicht den Finanzsprecher..., der das Ganze sehr kritisch betrachtet, Oberösterreichs Josef Ackerl und andere, die im Nationalrat schon angekündigt haben, gegen diesen Fiskalpakt zu stimmen. Ich bin gleich fertig, aber es war mir wichtig. Der Fiskalpakt hat den Ministerrat passiert und ist jetzt im Verfassungsausschuss. Wir fordern nicht, hier und jetzt den Fiskalpakt endgültig zu löschen, wir fordern nur, dass Österreichs Bevölkerung darüber informiert wird, was ihre Vertreter hier eigentlich vorhaben, was der österreichischen Bevölkerung bevorsteht. Wenn die ÖVP vollmundig für ein Paket für direkte Demokratie stimmt, dann kann sie es hier an diesem Beispiel demonstrieren, dass sie es ernst meint. Was wir brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind natürlich keine

unkontrollierten Märkte und die einzige Lösung, die mir natürlich dazu noch weiter einfällt, wir brauchen eine europaweite Umverteilung (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Evaluierung der Höhe der Abgaben und Gebühren der Stadt Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Wenn man als gelernter Österreicher das Auto besteigt und einen Schritt fährt, zahlt man Steuer. Wenn man seinen Müll hinausträgt, zahlt man Müllabgabe. Wenn man seine Nahrungsmittel kauft, zahlt man Steuer, wenn man einmal kurz den Hund spazieren führt, zahlt man in Graz Hundeabgabe. Wenn man einen Kaffee trinkt, zahlt man Steuer und wir sind in Graz bald soweit, dass wir auch für das Atmen Steuern zahlen werden. Vom ersten Kindeschrei an bis zum letzten Schnafer, den ein Mensch macht, zahlt er eigentlich 24 Stunden am Tag, bis auf das Schlafen und selbst die Matratze, auf die er liegt, die ist besteuert und die Bettdecke, zahlt er Steuern und Abgaben. In Zukunft, wenn es nach SPÖ und ÖVP geht, merke ich an, ohnedies an den EU-Fiskalpakt, zwar nicht mehr in die eigene Budgethoheit, wie wir gerade beim letzten Tagesordnungspunkt gehört haben, aber Faktum ist, dass die Menschen unseres Landes und die Menschen unserer Stadt Tag und Nacht nur atmen, dafür um Steuern oder Abgaben zu zahlen. Und eines der besonderen

Merkmale der städtischen Politik in Graz ist es, dass der Bundesrechnungshof in seinem Bericht zu den Finanzierungsinstrumenten der Stadt Graz festgestellt hat, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz mehr Gebühren und Abgaben zahlen als sie in Relation zu den Dienstleistungen überhaupt noch stehen. Das heißt, wenn die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Straße, in ihren Bezirken sich die Dienstleistungen über private Anbieter selbst organisieren, steigen sie günstiger aus, als wenn sie in Zukunft höhere Gebühren und Abgaben in dieser Stadt zahlen und eigentlich weniger Dienstleistungen herausbekommen, als wenn sie sich das selbst organisieren. Das ist nicht der Sinn und nicht der Zweck und auch nicht das Ziel einer Kommune, wenn sie Gebühren und Abgaben nur dazu einhebt, dass sie vielleicht andere Budgetbereiche bedient, aber nicht die Dienstleistungen in einer Stadt aufrecht erhält. Und wenn ich da so in die ungläubigen Gesichter der ÖVP, des Abgeordneten Hohensinner blicke, der dann verneinend mit dem Kopf schüttelt, nachzulesen im Rechnungshofbericht 2009 des Österreichischen Bundesrechnungshofes über die Finanzierungsinstrumente der Stadt Graz.

Wir haben in Graz hohe Gebühren und hohe Abgaben, sie steigen de facto stillschweigend mit der Inflation mit, die Grazer Stadtpolitik ist ja nicht so heldenhaft, wie es die Wiener machen, dass sie sich hinstellen und gleich selbst erhöhen und das auf ihre Kappe nehmen, nein, in Graz gibt es bereits einen Automatismus, da muss man sich nicht mehr Hände schmutzig macht, das geht Monat für Monat, Jahr für Jahr so werden die Gebühren hinaufgedreht, aber dass wir damit eigentlich den Tourismus, den Wirtschaftsstandort, den Lebensraum Graz nachhaltig zerstören, indem wir den Menschen wahrscheinlich weniger als 50 % ihres Einkommens gemeinsam mit den Steuern des Bundes überhaupt noch zum Leben lassen, daran denken offenbar die wenigsten. Dass de facto die Grazerinnen und Grazer nicht nur bis zum 14. Juni, zum Tax-free-Day, das ist der Tag, wo man das erste Mal im Jahr für seine eigene Tasche arbeitet, wäre das bundesweit, gehe ich davon aus, dass in Graz wahrscheinlich die Gemeindebürgerinnen und die Gemeindebürger gemeinsam mit den Steuern des Bundes, den Gebühren und Abgaben des Landes und der Stadt wahrscheinlich bis Juli Anfang August danach arbeiten müssen, dass sie überhaupt

einen einzigen Tag Geld in die Tasche bekommen und das ist der falsche Weg. Und ich sage daher, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz für die Aufrechterhaltung der Budgets und der zweckwidrigen Verwendung ihrer Mitteln genug gezahlt haben und daher glauben wir auch, dass es einmal notwendig wäre, dass sich die Fraktionen des Grazer Gemeinderates gemeinsam mit den Sozialpartnern, Gewerkschaften, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, aber auch Finanzexperten zusammensetzt und einmal diese ganzen Gebühren und Abgaben in ihrer Höhe, aber auch in ihrer Qualität auf die Sinnhaftigkeit überprüft.

Und aus diesem Grund bringen wir den

dringlichen Antrag

ein:

Der Bürgermeister der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, und Finanzstadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher werden aufgefordert, einen Arbeitskreis mit Vertretern aller im Gemeinderat vertretenen Parteien, einem Vertreter des Stadtrechnungshofes, einem Vertreter des Rechnungshofes, einem Vertreter der steirischen Wirtschaftskammer und einem Vertreter der Arbeiterkammer unter Zuziehung von Finanzexperten zur Evaluierung der Höhe der Abgaben und Gebühren der Stadt Graz einzurichten.

Ich glaube, das wäre durchaus notwendig, das wäre auch die richtige Antwort der Stadt Graz aus einem Rechnungshofbericht heraus, der eindeutig belegt, dass die Finanzierungsinstrumente der Stadt Graz nur mehr daraufhin ausgerichtet sind, dass man sich seine Budgetlöcher stopft, aber nicht, dass man mit diesem Geld eigentlich die Dienstleistungen erfüllt, zu denen diese Stadt eigentlich verpflichtet ist, und ich sage Ihnen eines, Sie schmücken sich so gerne mit der Stadt der Menschenrechte und ich weiß nicht was alles, ich möchte nicht, dass diese Stadt irgendwann einmal den ordnungsgemäßen Titel vom Bund europäischer Steuerzahler bekommt, die Stadt der Wegelagerer und Raubritter, nämlich die Stadt mit den höchsten Gebühren und Abgaben Österreichs (*Applaus KPÖ und BZÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zur Dringlichkeit: Ja, Gerald, schön dass du gerade dieses Thema der Gebühren und Tarife hier einmal in Form eines Dringlichen eingebracht hast. Wie Sie auch wissen, hat gerade die KPÖ in der Vergangenheit immer wieder das Thema, vor allem bei den Budgets immer wieder das Thema Gebühren und Tarife angesprochen. Sie können sich auch erinnern, beim letzten Budget wurde ja wieder über Kanal- und Müllgebühren gesprochen und wir haben hier beziehungsweise Sie haben hier im Gemeinderat ja beschlossen, dass diese Gebühren und vor allem diese Gebühren, die die breite Masse jeden Haushalt in Graz betreffen, Kanalbenützungsgebühren und Müllgebühren zahlt die breite Masse, egal ob reich oder arm. Dass diese Gebühren hier automatisch jährlich ohne Gemeinderatsbeschluss um die Inflationsrate erhöht werden. Es gibt auch, und das wurde immer wieder zitiert, hier dieses sogenannte Budgetbegleitgesetz, in dem festgehalten ist, dass die Gebühren so gestaltet werden sollen in der Gemeinde oder in der Kommune, dass sie kostendeckend, also dass sie nicht unterbedeckt sind, aber es steht nicht drinnen, dass sie überbedeckt sein müssen und die Politik, die hier im Gemeinderat verfolgt wird, gerade bei diesen Massengebühren, die geht eindeutig in diese Richtung, dass hier Mehreinnahmen erzielt werden, die nicht unbedingt darauf hinausgehen, dass die Kanalsache und die Müllabfuhr sozusagen kostendeckend hier geführt wird. Hier ist es eindeutig, geht es in diese Richtung, dass hier mehr kassiert werden soll und unsere Forderung ist auch immer wieder diejenige gewesen, dass diese Gebühren hier jährlich wieder im Gemeinderat beschlossen werden und aus diesem Grund unterstützen wir hier auch diesen Antrag, die Dringlichkeit dieses Antrages und auch den Inhalt dieses Antrages, da auch wir der Meinung sind, dass diese Gebühren einmal genauer betrachtet werden sollen, wie das jetzt tatsächlich mit den Kosten aussieht. Danke (*Applaus KPÖ und BZÖ*).

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Über den Gegenstand kann man diskutieren, unterschiedlicher Meinung sein, was aber schon besonders hervorhebenswert ist, das ist, dass der Antrag inhaltlich in vielen Bereichen schlicht falsch ist und dass sich unser Gemeinderat Grosz wieder einmal keine Mühe gemacht hat, ordentlich zu recherchieren (*Applaus ÖVP*). Ich möchte das an einem besonders krassen Beispiel erläutern und zwar aus dem Motivenbericht. Da heißt es: Der Modus Operandi bei der Erhöhung der Parkstrafen illustriert die an den Tag gelegte Unverfrorenheit auf besonders anschauliche Weise. Seit Jahren zahlt man für die Überschreitung der bezahlten Parkdauer oder Falschparken 21,80 Euro. Dies ist den Gebührenkaisern dieser Stadtregierung schon seit längerem zu wenig, weswegen man das Land gebeten hat, doch eine Erhöhung dieser Strafe auf 34,60 Euro zu beschließen. Diesem Wunsch wurde nicht entsprochen, vermutlich angesichts des katastrophalen Umgangs der städtischen Entscheidungsträger mit dem Geld der Bürger, stattdessen fließen jetzt pro Parksünder 24 Euro in den Stadtsäckel. Also es wird hier behauptet, als hätte die Stadt eine Erhöhung beantragt von 21,80 Euro auf 34,60 Euro und das brave Land hat gesagt, nein, liebe Stadt, das kannst du nicht machen, du darfst nur auf 24 Euro erhöhen. Wahr ist vielmehr, dass der Steiermärkische Landtag die Höchstgrenze für Parkvergehen auf Euro 34,60 angehoben hat, also das Land, und dass wir diesen Höchstsatz aber „nur“ unter Anführungszeichen mit Euro 24 ausschöpfen. Das heißt, es war der Antrag der Stadt, nicht diese Höchstgrenze auszuschöpfen. Da sieht man einfach, wie hier Wahrheiten vertauscht werden. Nächste Unwahrheit, ich kenne selbstverständlich den Rechnungshofbericht zu den Finanzierungsinstrumenten. In dem Motivenbericht ist keine Quellenangabe gegeben, wahrscheinlich deshalb, weil in dem zuletzt vorgelegten Rechnungshofbericht zu dem Finanzierungsinstrument kein Wort enthalten ist, kein Wort an Kritik über die Gebührenpolitik der Stadt. Wie das zustande kommt, weiß ich nicht, ich vermute, dass deshalb kein Quellenhinweis gegeben ist, weil eben dieser Hinweis nicht stimmt und weil es dazu keine Quelle gibt. Ich darf zu den einzelnen Steuern Stellung nehmen: Die Kommunalsteuer können wir nicht beeinflussen, sie ist in jeder österreichischen Gemeinde mit drei Prozent ein gleicher Abgang und

bundesgesetzlich vergeben. Eine Nächtigungsabgabe, wie hier steht, wird in Graz überhaupt nicht erhoben, es gibt in Graz keine Nächtigungsabgabe. Eine Gemeindeabgabenbuchhaltung ist mir ein völliges Rätsel, ich habe noch nie gehört, dass es eine Abgabe als Gemeindeabgabenbuchhaltung gibt, was sollten wir da einheben? Zum Bauabgabegesetz, der Bauabgabebesatz zählt in Graz zu den niedrigen in Österreich, kein Wunder, diese Abgabe ist seit 17 Jahren nicht mehr erhöht worden und unverändert. Die Lustbarkeitsabgabe ist in Wien dreimal so hoch, ich betone, dreimal so hoch wie in Graz, die Landeslustbarkeitsabgabe ist eine landesgesetzlich Vorgabe, an welche Graz gebunden ist, wir heben diese Abgabe ja auch nur für das Land ein. Die Grazer Müllgebühren zählen zu den niedrigsten in ganz Österreich, ich betone, zu den niedrigsten in ganz Österreich, bei den Kanalggebühren liegen wir im Mittelfeld. Details zu diesen Gebühren folgen übrigens im Informationsbericht im Juni-Gemeinderat, und zwar hat es einen dringlichen Antrag der KPÖ gegeben, der dann beantwortet wird. Beim Kanalisationsbeitrag wird die landesgesetzliche Höchstgrenze nur zu 60 % ausgeschöpft. Was ist das Ergebnis dieser Darstellung? Es sind einfach bloße Behauptungen, die nicht stimmen und im Inhalt im Wesentlichen ein Fantasieprodukt, ich kann es nur nochmals sagen, man war offensichtlich nicht bereit, die Zahlen wirklich zu recherchieren. Graz liegt bei der Abgabenbelastung, ich möchte das betonen und sage das immer wieder, insgesamt betrachtet im Mittelfeld der Landeshauptstädte und braucht sich da sicherlich nicht zu verstecken, das bestätigen auch regelmäßig in den Medien gebrachte Berichte in der Kleinen Zeitung und in der Kronen Zeitung. Ein Arbeitskreis zu einem solchen Thema könnte wohl nur als beschäftigungstherapeutische Maßnahme angesehen werden und ich denke, das wollen wir Graz ersparen. Aus diesem Grund sind wir gegen die Dringlichkeit (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Rüscher übernimmt um 16.05 Uhr den Vorsitz.

GR. **Grosz:** Hugh, es sprach der Finanzreferent, der sich bei der letzten Gemeinderatssitzung zur Frage, ob die Freiwillige Feuerwehr 500 oder eine Million Euro bekommt, um Klasse 300.000 Euro verschätzt hat. Das nur zu der Finanzgenauigkeit des obersten Hüters der Grazer Finanzen, der nicht sagen kann, mit wem er überhaupt verhandelt, wenn es darum geht, die...kann man einmal die polternde Meute einmal zur Ordnung rufen? Herr Vorsitzender, vielleicht schauen Sie einmal, dass die renitente Truppe wieder ein bisschen durchatmet (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), danke. Das sagt uns ein Finanzstadtrat, der sich um mehrere Hunderttausend Euro bei Beantwortungen in diesem Gemeinderat verschätzt, das sagt uns ein Finanzstadtrat, dem es laut Medienmeldungen überhaupt komplett egal ist, wer eigentlich die Besitzer der Reininghausgründe sind, Hauptsache man verhandelt mit ihnen, möglicherweise auch mit Gespenstern, das sagt sinngemäß der zielsichere Finanzstadtrat, der sich noch nie in seiner Beurteilung in diesem Gemeinderat verschätzt hat (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Es geht jetzt auch nicht darum, jede einzelne dieser Gebühren in Graz zu zerlegen, sondern es geht darum, dass man auch mit dem Beschlusstext etwas herbeiführt, dass wir uns selbst einmal überlegen, wie es auch die Kollegin Klubobfrau Bergmann gesagt hat, dass wir uns selbst einmal überlegen, inwieweit diese Gebühren in ihrer Höhe gerechtfertigt sind und inwieweit diese Gebühren in weiterer Folge die Kosten, die die Stadt für Dienstleistungen haben, abdecken oder ob sie darüber hinaus geht und es geht auch darum, dass sich diese Stadt Graz als Heimat und zweitgrößte Stadt Österreichs im Klaren wird, ob wir, dieser Gemeinderat, der ja ständig Resolutionen an den interplanetarischen Rat Mars 2, Europäische Kommission, alles eine Petition, verabschiedet, ob wir uns von den Petitionen des interplanetarischen Beirates verabschieden und vielleicht einmal die österreichische Bundesregierung auffordern oder das Land Steiermark, ob uns im einen oder anderen Bereich die Höhe der Gebühren, der Abgaben und der Steuern überhaupt noch passen. Ja wo sind denn die Initiativen des Grazer Gemeinderates, wenn es darum geht, Steuern, Gebühren und Abgaben zu vereinheitlichen? Darüber sollte sich eine Stadt durchaus den Kopf zerbrechen, die aus dem Finanzausgleich Geld bekommt und daher ein Teil der

Steuern und Gebühren ja deswegen eingehoben werden, dass es die Stadt Graz über den Bundesgesetzgeber die Bundesregierung wieder zurückbekommt. Und daher glaube ich, dass es sehr sinnvoll ist, sich mit dem Komplex Gebühren, Abgaben, Steuern in der Stadt zu befassen. Diese Stadt ist groß genug, dass es auch zu unserem Selbstverständnis dazugehört, dass wir unser dieser Thematik widmen, um am Ende des Tages eine Entlastung der Bürger herbeizuführen (*Applaus KPÖ und BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Transparenzpaket auch und unverzüglich für Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat die Marge-Latte hinsichtlich Transparenz, ich denke da an die Parteikassen, eigentlich vorgegeben und diesen frischen Wind Transparenz in die Gebietskörperschaften einfließen zu lassen, sollten wir in Graz wirklich aufnehmen und auch dem medialen Echo, dem ja auch die entsprechende Unterstützung aus der Bevölkerung dahintersteckt, entsprechend walten lassen. Die Ausgangsbasis im Bund war natürlich die Aufarbeitung der Telekom und der BUWOG-Affäre, die das Ganze ins Rollen gebracht hat.

Vor den Ländern und Gemeinden, und die Stadt Graz ist ja eine Stadt mit eigenem Status, sollten hier das entsprechend das umsetzen, um entsprechend

sicherzustellen, dass öffentliche Gelder wirklich seriös und effektiv eingesetzt werden, dass die Leistungserbringung auf Pump, auf Kosten unserer Kinder und Kindeskiner, abgestellt wird, dass man aktiver, proaktiver und drastisch Korruption und Malversationen bekämpft und mit entsprechender Strenge das auch ahndet. Und hier die politische Entscheidungsträger, hier den ÖVP-Obmann Spindelegger (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) zu erwähnen, der sehr richtig gesagt hat, man muss auch die Mandatäre wieder zu einer Moral hinführen. Auch ein Sittenbild, dass das eine christlich-katholische Partei sagt.

Ein erster entscheidender Schritt ist ja hier im Gemeinderat in dieser Periode gelungen, wo wir einstimmig im Gemeinderat die Live-Übertragung (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) der Gemeinderatssitzung beschlossen haben, aber leider bis dato aufgrund operativer politischer Gestaltung des Herrn Bürgermeisters diese noch nicht in die Realität umgesetzt wurde.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Entschuldigung, darf ich kurz unterbrechen. Ich bitte einfach um mehr Ruhe, der Lärmpegel ist derart laut zurzeit, es ist für alle, die aufmerksam zuhören und auch für den Redner oder die Rednerin wirklich eine Zumutung. Ich bitte, einfach hier den Lärmpegel, den Geräuschpegel einfach etwas zu reduzieren, sonst ist einfach eine Sitzung nicht möglich. Danke.

GR. Mag. **Mariacher**: Die Damen und Herren können sich ja nachher an der Diskussion beteiligen, das wäre vielleicht ein demokratischer Akt. Ich möchte fortsetzen. Dieses Transparenzpaket ist in Graz wirklich auch zu schnüren, es hatte bereits auch Ansätze in den vorhergehenden Sitzungen gegeben, ich denke da an den Antrag der Grünen, der hier auch mit diesem Antrag aufgegriffen worden ist, wo es

um gläsernen Parteikassen geht und der dahingehend auch ergänzt ist um andere Maßnahmen. Der

d r i n g l i c h e A n t r a g

lautet: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Herrn Bürgermeister beauftragen, nachfolgende Zielsetzungen ehest und umfassend zu betreiben und allen im Grazer Gemeinderat Vertretenen darob Auskunft zu erteilen:

1. Die Subventionsordnung der Stadt Graz soll bis zur Gemeinderatssitzung im September 2012 mit folgenden Aufträgen überarbeitet und zur Beschlussfassung vorgelegt werden:

1.1 Die Grundsätze der städtischen Subventionsordnung müssen auch für Subventionen aller im Grazer Gemeinderat vertretenen politischen (Wahl-) Parteien gelten (Abrechnung mit Belegen, umfassende und uneingeschränkte Kontrollmöglichkeiten durch den Grazer Stadtrechnungshof, Erstellung eines diesbezüglich zur Geltung bringenden wirksamen und substantiellen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Sanktionsmechanismus).

1.2 Die Mittel der Töpfe 1 („Parteienförderung“) und 2 („Diverse Subventionen“) der politischen Subventionen sollen nur mehr jenen Parteien im gleichen Maße gewährt werden, die sich zur Offenlegung ihrer Parteikassen gegenüber dem Stadtrechnungshof – im Sinne einer „gläsernen Parteikasse“ – inklusive ihrer Vorfeldorganisationen verpflichten. Gleiches gilt für Wahlparteien, die als Verein oder gar als reine „Liste“ (im Sinne einer bürgerlich-rechtlichen Gesellschaft) in den Gemeinderat gewählt werden. Insbesondere sollen Parteispenden von über 700 Euro (bezogen auf die Summe pro Person und Jahr) und die Gesamteinnahmen der Parteien aus eigener wirtschaftlicher Tätigkeit offengelegt werden.

2. Es soll geprüft werden, ob die Vertragsbestimmungen für alle MitarbeiterInnen des „Hauses Graz“ zum Zwecke der proaktiven Bekämpfung jedweder Korruption und

Malversation deutlich - inklusive der daran gebundenen Sanktionen – verschärft werden können.

3. Dieser Punkt wurde leicht abgeändert, ich habe es allen Fraktionen übermittelt. Schaffung von Voraussetzungen, um sämtlichen gemeldeten Nebenbeschäftigungen (und der daraus erzielten Erlöse beziehungsweise Einkommen beziehungsweise Gehälter als Quartalssummen) beziehungsweise Dienstfreistellungen (Begründung via Mandatierung, etc.) von uneingeschränkt allen MitarbeiterInnen des „Hauses Graz“ sind public, das heißt, also ins Internet zu stellen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).
4. Sämtliche Förderungsnehmer und Subventionsempfänger müssen sich hinkünftig verpflichten, dem Grazer Stadtrechnungshof einen umfassenden und uneingeschränkten Prüfungsvorbehalt einzuräumen.

Soweit der Antrag, gerade zum letzten Punkt haben wir ja in dieser Periode genug Anlass gehabt, hier entsprechende Verschärfungen auch wirklich einzufordern. Ich ersuche und bitte um Unterstützung im Sinne von Transparenz. Danke.

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zur Dringlichkeit: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, lieber Gerhard Mariacher! Deine Punkte sind in deinem dringlichen Antrag insgesamt vier numerische Punkte, wovon sich der Punkt 1 noch in zwei Unterpunkte zergliedert. Das lässt sich leicht zusammenfassen. Du plädierst für spezielle Bestimmungen für Parteienförderung, wenn man will, Parteienförderung neu inkludiert die Subventionsordnung und du plädierst für strengere Bestimmungen gegen Korruption hier auf der politischen Ebene des Magistrates und auf der beamteten. Am Tag nach der großen Bekanntgabe der Einigung in Wien, und das war keinesfalls klar, dass hier eine Einigung möglich ist auf Bundesebene zwischen den zwei großen Koalitionsparteien, aber man hat sich gefunden und es gab eine einheitliche Wortmeldung. Am Tag nach dieser Einigung, und ich lese nur die Punkte vor für volle Transparenz, hat man sich geeinigt. Es geht um die Parteienförderung und vor allem

um die volle Transparenz bei den Parteispenden. Auf eine harte Bestrafung bei Nichteinhaltung dieser Transparenz. Auf eine Ausweitung der Unvereinbarkeit, weiters Maßnahmen gegen Anfütterung und Korruption, weiters ein Lobbying-Register und auch der Hinweis, das gilt auch für hier, dass die Opposition gefordert ist. Die meisten oder viele Bestimmungen gelten ausdrücklich nicht nur für die Bundesebene, sondern auch für die Landesebene. Am Tag nach dieser Einigung einen dringlichen Antrag vorzulegen, als wäre alles von a bis z offen, unbemerkt und unerkant geblieben, das ist mehr als eine Irreführung. Keineswegs haben wir unsere Hausaufgaben erledigt, es wurden auch bereits zwei dringliche Anträge dazu eingebracht. Die Klubobleutekonferenz befasst sich qualifiziert mit diesen Themen, ist aber eindeutig zur Auffassung gelangt, dass diese bundesweiten Bestimmungen abzuwarten sind, denn wir können ja nicht gegen den Bund Regelungen erlassen. Also ich glaube, ich brauche das nicht weiter qualifizieren und beantworten. Wir behandeln natürlich auch das Ergebnis von gestern, und was die Korruptionsbestimmungen betrifft, liegt uns ein Verhaltenskodex für die politische Ebene und für die beamtete Ebene der Stadt vor, ich glaube, der beispielgebend ist. Ich glaube, es ist daher nur eine Möglichkeit gegeben, dass du, lieber Gerhard Mariacher, deinen dringlichen Antrag zurückziehst, falls du das nicht tust, werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Rücker übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, geehrter Kollege Mariacher! Zuerst einmal zur guten Nachricht, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, weil wir glauben, dass das Thema natürlich dringlich ist. Jetzt eher zur schlechteren Nachricht, dem Inhalt, mit dem können wir uns teilweise

nicht anfreunden, weil, Entschuldigung, wenn ich es so sage, aber der Antrag entspricht deiner Frisur, nämlich, das ist nämlich alles ein bisschen...komplett...allein wenn ich mir den Punkt drei, ich darf mir einmal den Punkt drei zu Gemüte führen und den lesen, geschweige denn, dass ich ihn verstehe: Schaffung von Voraussetzungen, um sämtliche gemeldete Nebenbeschäftigungen (und der daraus erzielenden Erlöse beziehungsweise Einkommen beziehungsweise Gehälter als Quartalssummen) beziehungsweise Dienstfreistellungen (Begründung via Mandatierung etc) von uneingeschränkt allen MitarbeiterInnen und Mandatären des Hauses Graz publik zu stellen. Also das muss mir jemand einmal erklären, um was es eigentlich da geht. Abgesehen, dass ich mich ehrlich gesagt wehre als langjähriger Betriebsrat, dass irgendein Fahrer in den Grazer Stadtwerken, der nebenbei vielleicht eine kleine Versicherung einmal im Jahr abschließt, dass dessen Einkommen publik gestellt werden müssen. Also, lieber Kollege Mariacher, dringlich ist die Sache, nur der Inhalt, da kriegst du von uns sicher keine Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz:** Ich meine, Kollege Korschelt, jetzt bin ich nicht der Pflichtverteidiger vom Kollegen Mariacher, aber ihn wegen seiner Frisur da zu kritisieren, ich meine, die Dynamik deines Vortrages hat ja auch deiner Figur entsprochen. Wenn wir uns auf der Ebene in Zukunft begegnen, dann wünschen wir uns alle viel Spaß. Ich hätte mir durchaus von Ihnen, Frau Vorsitzende, erwartet, solche blöden Nebenbemerkungen zumindest einen Ordnungsruf anzudrohen. Ich glaube nämlich, dass körperliche Eigenheiten diese hier auszutauschen nicht der Sinn des Gemeinderates sein kann, im Übrigen bei der Debatte hättest du klassisch verloren. Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wir unterstützen diesen Antrag in seiner Dringlichkeit, auch in den Teilbereichen, weil wir wirklich der Meinung sind, dass dieses Transparenzpaket der Politik ja nicht nur auf einer Bundesebene halbschwach enden darf, sondern selbstverständlich auf die Länder heruntergehen muss und auf die Städte. Der vom Kollegen Piffli-Percevic zitierte, die Punktation die gestern in der

Nacht präsentiert worden ist, der Gesetzestext liegt ja noch nicht vor, die Puntation bezieht sich ausschließlich auf ...des Bundes mit Empfehlungen an die Länder. Selbst, wenn die Länder gesetztenfalls, was nie kommen wird, weil dann würden wir einmal draufkommen, wie der Herr Voves über seine gemeinnützige Stiftung sich seinen Wahlkampf finanziert oder der Herr Schützenhöfer zur Raiffeisenkasse geht und Parteispenden abholt, selbst gesetztenfalls, wenn wir auf die Länderebene herunterkommen, heißt das noch lange nicht, dass wir in der Stadt Graz, die Parteien im Gebiet unserer Landeshauptstadt, zur Transparenz verpflichten können. Daher halte ich den Ansatz vom Kollegen Mariacher für nicht ungeschickt, dass wir in der Stadt Graz selbst in Vorlage treten und er ist auch, glaube ich, von der Intention her ähnlich mit der Vorgangsweise des Kollegen Wohlfahrt, der jetzt mittlerweile schon zweimal heraußen gestanden ist und auch das eingefordert hat und in dem Bereich durchaus als Vorreiter bezeichnet werden kann, bin ich wirklich der Meinung, dass wir uns in der Stadt alle Köpfe zerbrechen sollten, wie wir eine Transparenz auch über die Parteien des Stadtparlaments schaffen. Denn die Grazer Stadtparteien bekommen wahrlich nicht wenig Geld, sehr geehrte Damen und Herren. Und zweitens und im Übrigen würde mich wirklich interessieren, wie bei der bekanntermaßen Höhe der Grazer Parteienförderung sich die Grazer Volkspartei das eine oder andere leisten kann. Acht Seiten Druckbeiträge, in Kenntnis der ÖVP, wie sie agiert, Grasser, Strasser, Ranner, Amon, Hackl, Grillitsch, würde es mich ja nicht wundern, wenn auch die Grazer Volkspartei unter das StGB 278a fallen würde, sehr geehrte Damen und Herren. Daher würde es mich wirklich sehr interessieren, wie diese Gestion der einzelnen Parteien aussieht, dass wir Transparenz schaffen, den eines kann nicht sein, da hier herinnen von Transparenz reden und zwei Stunden später bei der Raiffeisenkasse kassieren gehen, bei einem Immobilienkonzern kassieren gehen und, und, und, damit man sich seine windigen Werbeunternehmungen leisten kann. Das ist nicht die Demokratie und die Bürgernähe und der Schluss, denn auch die Stadt Graz und die Parteien des Grazer Gemeinderates aus diesen Skandalen, die seit zwei Jahren Schande über die ganze Politik bringen, ziehen sollten.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Um ganz kurz beim Kollegen Grosz noch fortzusetzen, es würde mich auch interessieren, wo die 600.000 Euro vom BZÖ herkommen, von den Glücksspielgeschichtern usw. Aber er hat völlig Recht, man sollte es wissen, dann würde auch der Verdacht nicht so im Raum stehen. Aber zurück zum Antrag vom Kollegen Mariacher. Wir sind natürlich der Ansicht, der Antrag ist dringend, wir haben ja zweimal oder ich habe zweimal ähnliche Anträge gestellt, nicht ganz so weitgreifend, ich komme darauf zurück. Klar ist es dringlich, es ist überhaupt noch nichts ausgemacht im Bund, keiner weiß, ob das für die Stadtparteien gelten wird, für unabhängige Stadtparteien zum Beispiel, keiner weiß genau, ob es für Landesparteien gilt, also da hier ist eindeutiger dringender Handlungsbedarf gegeben. Wir wissen ja, wie die Kultur in Österreich aussieht, hier muss einfach nachgeschaut werden. Neben der Dringlichkeit, die wir natürlich unterstützen, noch ein paar Anmerkungen zu den Inhalten. Bei Details könnte man lange diskutieren, ich bringe nur ein paar kleine Punkte. Man könnte durchaus oder insbesondere die Töpfe 3 und 4 kontrollieren, da gibt es ja einen Verwendungszweck, dort ist ganz wichtig nachzuschauen. Es ist der vierte Punkt weitgehend erfüllt, denn die meisten Förderungsnehmer und Subventionsempfänger müssen sich eh prüfen lassen, es gibt nur ein paar ganz besondere Förderungsempfänger, die das nicht brauchen, das sind die politischen Parteien, genau die brauchen sich nicht prüfen lassen, hier besteht durchaus noch Handlungsbedarf. Nehmen wir die sechs auch noch dazu, behandeln wir die sechs gleich wie alle anderen, dann könnte der Rechnungshofdirektor nachschauen, ob wirklich Studierendenheime und Lehrlingsheime gefördert werden in den Töpfen 3 und 4. Momentan darf er nicht, ich meine, ich bin überzeugt davon, dass es stimmt, ich will keine Verdächtigungen aussprechen, aber es ist doch schade, dass man nicht nachschauen darf. Aber ich glaube am meisten Aufsehen sorgt der Punkt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) 2 und 3, der Dreier insbesondere, es ist in Österreich schon vielen unvorstellbar, dass man sein Einkommen offenlegt. Leute, das ist die einzige Möglichkeit, die Korruption wirklich hintanzuhalten und die hilft nur bedingt, aber es ist eine notwendige Voraussetzung. Ich verstehe schon, dass es nicht angenehm ist, Einkommen aus

Nebenbeschäftigungen offenzulegen, manchmal tut es ja nicht so weh, manchmal ist es vielleicht wirklich peinlich und es hat auch unter Umständen einen Grund, also letztendlich sollten wir schon dorthin kommen, dass wir schauen, wer noch wie viel dazuverdient und das wird man in vielen Fällen gut rechtfertigen können. Ich habe auch einen anderen Job, viele andere haben einen anderen Job, der Gerald Grosz hat auch einen anderen Job, der ist genauso bekannt wie meiner, das Einkommen kann man nachschauen jederzeit, steht in den Beamten- und in der Gehaltspyramide drinnen, das ist auch bei anderen so, das ist keine Schande, man kann dazu stehen und sein Einkommen offenlegen. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Schritt. Das Ganze in die richtige Richtung, man muss sensibel damit umgehen, man kann es so jetzt nicht fordern, weil Datenschutz oder vertrauliche Daten natürlich noch sind, aber man muss daran arbeiten, dass das geändert wird, dass diese Dinge offengelegt werden. In dem Sinn volle Unterstützung für Dringlichkeit und für den Antrag (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können, glaube ich, sehr vieles von Amerika, von den Vereinigten Staaten lernen, die einen ganze anderen Zugang zur Transparenz haben, genau wie das Kollege Wohlfahrt jetzt angeschnitten hat in Sinne von Offenlegung von Gehaltseinkünften, von entsprechenden Nebenbeschäftigungen, schaut euch an, welche Transparenz da gewaltet wird. Die Interpretation ist eine andere Sache oder wie man die Daten sieht. Die volle Transparenz ist auf jeden Fall seitens der Bürger gefordert und die ÖVP, lieber Klubobmann Piffli-Percevic, er ist anscheinend schon wieder weg, er muss sich schon entscheiden, was er sagt, welche Meinung er vertritt, er kann nicht zwei gegensätzliche Argumente gegen mich versuchen zu verwenden. Entweder er sagt, wir konnten deswegen nichts tun, weil bundesweitere Bestimmungen nicht vorliegen und dann zu sagen, jetzt gibt zumindest seitens der Regierung welche und jetzt kommt der Antrag daher, kurz danach, er sei irreführend. Lieber Peter, das passt

hinten und vorne nicht, das ist keine Argumentation, die zielführend ist. Ich denke, der Antrag ist punktgenau heute da, es ist wichtig, einen entscheidenden Schritt voranzugehen und hier entsprechend voranzuschreiten seitens der Stadt Graz. Die ÖVP hat aber anscheinend überhaupt mit dem entsprechenden Schutz, sage ich einmal, personenbezogener Daten und mit der Transparenz im Besonderen, auch was den Umgang mit ihrer parteiinternen Bürgerumfrage anbelangt, steht sie dort anscheinend in beiden Punkten auf vehementem Kriegsfuß. Ich denke auch an den gemeinsamen einstimmigen Beschluss im Gemeinderat, die Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen anzugehen, nichts ist passiert, der Bürgermeister hat die Grazerinnen und Grazer hier, die die Transparenz haben wollen, einfach in Stich gelassen. Ich fasse es zusammen, die ÖVP ist hier moralisch im freien Fall unterwegs, was den Schutz personenbezogener Daten und Transparenz anbelangt, wenn das das letzte Wort ist, aber ihr könne ja bei der Entscheidung das noch korrigieren.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Nur wenn man das Schlusswort hat, kann man das unwidersprochen behaupten.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.